

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN REICHSAMT, BERLIN C 2, NEUE KÖNIGSTR. 27-37

1940 1. Juni-Heft

Abgeschlossen am 20. Juni 1940
Ausgegeben am 24. Juni 1940

20. Jahrgang Nr. 11

ERZEUGUNG UND VERBRAUCH

Die Bauernsiedlung im Jahre 1939

Im Rahmen der Neubildung deutschen Bauerntums wurden im Jahre 1939 nach den bisher vorliegenden Meldungen 798 neue Bauernhöfe mit einer Gesamtfläche von 17 900 ha errichtet. An bestehende landwirtschaftliche Kleinbetriebe wurden durch die Anliegersiedlung nach ebenfalls vorläufigen Angaben 5 641 Landzulagen mit zusammen 12 000 ha ausgegeben. Zur Weiterführung der Bauernsiedlung in den nächsten Jahren wurden ferner 46 909 ha zu Siedlungszwecken neu bereitgestellt. Bei diesen Angaben wie auch bei den nachstehenden Zahlen, soweit sie sich auf das Jahr 1939 beziehen, handelt es sich um vorläufige Ergebnisse der Siedlungsstatistik, die sich durch nachträglich eingehende Meldungen voraussichtlich noch um schätzungsweise 5 bis 10 vH erhöhen werden.

Wenn die Bauernsiedlung im Jahre 1939 wie bereits in den Vorjahren¹⁾ nicht die gleich hohen Erfolgszahlen wie beispielsweise in den Jahren 1933 und 1934 aufzuweisen hat und insbesondere die Errichtung neuer Bauernhöfe in stärkerem Maße als die Anliegersiedlung und die Landbereitstellung zurückgegangen ist, so ergab sich dies aus der Notwendigkeit, alle mit der Sicherung der Landesverteidigung nicht unmittelbar zusammenhängenden Reichsaufgaben gegenüber jener vordringlichen Aufgabe zurück-

zustellen und im besonderen die Baustoffe und Bauhandwerker erfordernden Arbeiten einzuschränken. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1939 wirkten sich die Einschränkungen in der Bereitstellung von Baumaterial und auch Transporterschwernisse hemmend auf die Siedlungsarbeit aus; mit Kriegsbeginn setzte dann schlagartig eine erhebliche Personalverminderung bei Siedlungsbehörden und Siedlungsunternehmen durch Einberufungen zur Wehrmacht oder auch durch Abordnungen in die neuen Ostgebiete ein. Bei Beurteilung des Jahresergebnisses 1939 muß somit berücksichtigt werden, daß im 2. Halbjahr in der Hauptsache nur die schon eingeleiteten Siedlungsvorhaben und die im Entstehen begriffenen Bauten weitergeführt werden konnten.

Landerwerb und Landbereitstellung

Im Deutschen Reich einschl. der Reichsgaue der Ostmark und des Reichsgaues Sudetenland wurden im Jahre 1939 46 900 ha von den Siedlungsgesellschaften erworben und von ihnen für Siedlungszwecke bereitgestellt. In den neueingegliederten Ostgebieten wurden 1939 noch keine Bodenflächen für Siedlungszwecke erworben; die im früheren

Erwerb und Bereitstellung von Siedlungsland	1939	1938	Gesamtergebnis		Erwerb und Bereitstellung von Siedlungsland	1939	1938	Gesamtergebnis	
			1933 bis 1939	1919 bis 1932				1933 bis 1939	1919 bis 1932
			ha					ha	
Ostpreußen	3 928	4 833	64 356	160 180	Hamburg	—	—	1	86
Mark Brandenburg und Berlin . . .	4 041	7 615	61 821	106 875	Mecklenburg	379	1 392	85 810	87 524
Pommern	1 330	11 215	114 834	192 123	Oldenburg	419	535	7 010	7 449
Schlesien	10 755	7 203	98 108	159 813	Braunschweig	19	538	2 872	858
Sachsen	520	3 453	21 727	22 201	Bremen	—	—	137	144
Schleswig-Holstein	2 905	2 472	33 435	76 395	Anhalt	84	197	3 850	102
Hannover	3 342	4 286	42 285	43 277	Lippe	1	263	331	397
Westfalen	756	944	6 066	7 909	Schaumburg-Lippe	35	—	276	—
Hessen-Nassau	517	891	5 497	6 444	Saarland	12	53	587	—
Rheinprovinz	1 725	1 297	7 821	4 346	Reichsgau Wien	—	155	155	—
Hohenzollerische Lande	—	—	41	—	» Niederdonau	3 614	8 902	12 516	—
Preußen	29 819	44 209	455 991	779 563	» Oberdonau	55	—	55	—
Bayern	2 017	3 208	18 688	35 433	» Steiermark	639	—	639	—
Sachsen	1 024	1 145	12 314	3 081	» Kärnten	248	—	248	—
Württemberg	393	334	4 050	—	» Sudetenland	2 012	—	2 012	—
Baden	1 307	1 058	5 058	—	» Danzig-Westpreußen . .	580	136	3 762	18 364
Thüringen	983	480	5 590	5 882	Deutsches Reich	46 909	63 932	634 944	940 578
Hessen	3 269	1 327	12 992	1 695					

¹⁾ Vgl. »W. u. St.« 1939, S. 414.

Regierungsbezirk Westpreußen erworbenen Flächen sind in den Übersichten bereits beim Reichsgau Danzig-Westpreußen nachgewiesen. Das endgültige Ergebnis dürfte sich durch nachträgliche Meldungen noch auf rd. 50 000 ha erhöhen. Von 1933 bis 1939 ist eine Fläche von insgesamt rd. 635 000 ha für die bäuerliche Siedlung erworben und bereitgestellt worden.

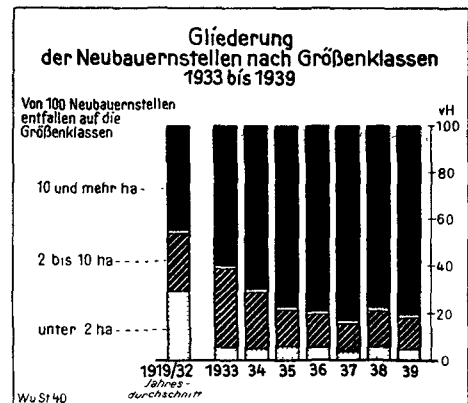
Auf preußische Gebiete entfallen von der im Jahre 1939 erworbenen und bereitgestellten Fläche nach dem vorläufigen Ergebnis 29 800 ha und mit Berücksichtigung der zu erwartenden nachträglichen Meldungen voraussichtlich 32 000 ha. Dies entspricht etwa zwei Dritteln (64 vH) des Reichsergebnisses (im Vorjahr 69 vH). Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1933 bis 1939 mit rd. 72 vH ist der preußische Anteil in den letzten Jahren zurückgegangen, und zwar infolge der verhältnismäßig stärkeren Siedlungstätigkeit in den süd- und südwestdeutschen Ländern, in den letzten Jahren auch durch das Hinzutreten neuer Reichsgebiete. Im einzelnen ist ein besonders umfangreicher Landerwerb in Schlesien zu verzeichnen; die dort bereitgestellte Fläche hat gegenüber dem Vorjahr um 3 500 ha zugenommen und entspricht mit 10 755 ha fast einem Viertel der gesamten Landerbereitstellung im Reich. Eine Zunahme des Landerwerbs ist ferner in Schleswig-Holstein, der Rheinprovinz und in den Ländern Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen zu verzeichnen. In den übrigen Reichsgebieten wurde weniger Land bereitgestellt als in den meisten Vorjahren, besonders stark waren die Rückgänge in den früheren Hauptsiedlungsgebieten Pommern, Mark Brandenburg und Mecklenburg. In den Reichsgauen der Ostmark wurden zusammen 4 556 ha bereitgestellt. Zum erstenmal werden auch die Reichsgaue Sudetenland und Danzig-Westpreußen mit bereitgestellten Flächen von 2 012 ha und 580 ha (im Regierungsbezirk Westpreußen) aufgeführt.

Neubildung von Bauernhöfen

Im Jahre 1939 wurden nach den vorläufigen Meldungen 798 Bauernhöfe mit zusammen 17 900 ha neuerrichtet. Auch diese Zahl dürfte sich voraussichtlich durch nachträgliche Meldungen noch etwas erhöhen, so daß mit einem endgültigen Ergebnis von mehr als 850 neuen Höfen mit etwa 20 000 ha Gesamtfläche gerechnet werden kann. Die Einschränkung der Siedlungstätigkeit infolge der vordringlichen Maßnahmen zur Landesverteidigung mußte in erster Linie auf die Errichtung neuer Bauernhöfe zurückwirken.

Bezogene Neubauernhöfe und Neusiedlerstellen	1939			1938			Gesamtergebnis 1933 bis 1939	
	Zahl	Gesamtfläche ha	Durchschnittl. Fläche je Stelle	Zahl	Gesamtfläche ha	Durchschnittl. Fläche je Stelle	Zahl	Gesamtfläche ha
Ostpreußen	23	432	18,8	117	3 002	25,7	2 218	38 966
Mark Brandenburg und Berlin	82	2 694	32,9	97	2 587	26,7	2 013	35 173
Pommern	87	2 560	29,4	182	4 492	24,7	3 645	68 991
Schlesien	83	2 245	27,0	163	3 384	20,8	2 791	41 856
Sachsen	34	652	19,2	38	856	22,5	524	9 997
Schleswig-Holstein	53	1 043	19,7	105	1 586	15,1	1 519	23 563
Hannover	57	1 021	17,9	91	1 499	16,5	2 046	26 206
Westfalen	29	498	17,2	41	590	14,4	269	3 489
Hessen-Nassau	11	237	21,5	79	504	6,4	231	2 489
Rheinprovinz	24	383	16,0	27	414	15,3	255	3 380
Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	1	2
Preußen	483	11 765	24,4	940	18 914	20,1	15 512	254 112
Bayern	97	1 487	15,3	200	2 743	13,7	920	11 531
Sachsen	25	597	23,9	76	965	12,7	348	5 146
Württemberg	9	202	22,4	13	209	16,1	107	1 672
Baden	21	497	23,7	17	366	21,5	137	2 301
Thüringen	14	378	27,0	13	218	16,8	130	2 598
Hessen	41	876	21,4	5	75	15,0	88	1 645
Hamburg	—	—	—	—	—	—	1	1
Mecklenburg	45	932	20,7	111	2 792	25,2	2 829	54 585
Oldenburg	23	255	11,1	24	301	12,5	632	5 315
Braunschweig	12	257	21,4	29	677	23,3	96	1 910
Bremen	—	—	—	—	—	—	30	57
Anhalt	21	532	25,3	5	142	28,4	114	2 121
Lippe	1	11	11,0	6	118	19,7	9	160
Saarland	2	13	6,5	5	96	19,2	48	481
Reichsgau Niederrhein	2	94	47,0	—	—	—	2	94
Reichsgau Danzig-Westpr. ..	2	31	15,5	12	218	18,2	203	2 813
Deutsches Reich	798	17 927	22,5	1 456	27 834	19,1	21 206	346 542

Wenn durch den unumgänglichen Rückgang in der Zahl der neu errichteten Höfe auch die an Neubauern verteilte Gesamtfläche sich verringerte, so ist die ausgelegte Fläche jedoch in geringerem Maße zurückgegangen als die Zahl der Neubauernhöfe. Dies führte zu einer weiteren starken Vergrößerung der durchschnittlichen Hofgröße, die die Entwicklung der früheren Jahre im Sinne einer stetigen Vergrößerung der Neubauernhöfe verstärkt fortsetzt. Im Jahre 1933 war eine Neubauernstelle durchschnittlich 12,3 ha groß, in den folgenden Jahren nahm die durchschnittliche Hofgröße ständig zu bis auf 19,9 ha im Jahre 1937. Nach einer geringen Verkleinerung auf 19,1 ha im Jahre 1938 ist im Jahre 1939 eine erhebliche Zunahme auf eine Durchschnittsgröße von 22,5 ha festzustellen.



Neubauernhöfe und Neusiedler- stellen nach Größenklassen	Gesamt- zahl der Höfe und Stellen	davon mit einer Gesamtfläche von					
		unter 2 ha		2 bis 10 ha		10 und mehr ha	
		Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
1919 bis 1932 ..	57 457	16 852	29,3	14 549	25,3	26 056	45,4
1933	4 914	260	5,3	1 678	34,1	2 976	60,6
1934	4 931	239	4,8	1 226	24,9	3 466	70,3
1935	3 905	224	5,7	632	16,2	3 049	78,1
1936	3 308	169	5,1	496	15,0	2 643	79,9
1937	1 894	64	3,4	237	12,5	1 593	84,1
1938	1 456	78	5,4	236	16,2	1 142	78,4
1939	798	32	4,0	111	13,9	655	82,1

Die Vergrößerung der Neubauernhöfe kommt besonders deutlich darin zum Ausdruck, daß ein größerer Anteil der Stellen auf die Betriebsgrößenklassen größeren Umfangs entfiel. So ist in der Größenklasse von 10 und mehr ha bis zum Jahre 1937 eine ständige Zunahme der Stellenzahl zu beobachten, die sich nach einer Unterbrechung im Jahre 1938 auch im Berichtsjahr fortsetzt. Während in den Jahren 1919 bis 1932 nur 45 vH aller neuen Höfe eine Fläche von 10 und mehr ha aufwiesen, waren es in den Jahren 1933 bis 1939 durchschnittlich 73 vH, und zwar erhöhte sich der Anteil der größeren Stellen von 61 vH im Jahre 1933 zunächst von Jahr zu Jahr und erreichte 1937 mit 84 vH aller Stellen den bisher höchsten Anteil. Im Jahre 1938 ist dagegen der Anteil dieser größeren Bauernhöfe wieder auf 78 vH zurückgegangen und im Jahre 1939 von neuem auf 82 vH gestiegen. Der Anteil der kleinsten Siedlerstellen (bis 2 ha) hat sich im Vergleich zu den Jahren vor 1933 stark verringert. Im Jahresdurchschnitt 1919 bis 1932 entfielen 29 vH auf diese Kleinbetriebe, während in den Jahren 1933 bis 1938 ihr Anteil nur 5 vH betrug. Den geringsten Anteil dieser Kleinbetriebe an der Gesamtzahl der ausgelegten Stellen hatte das Jahr 1937 mit 3,4 vH zu verzeichnen. Die zwischen beiden genannten Größenklassen liegenden Siedlerstellen und Neubauernhöfe von 2 bis unter 10 ha, die in den Jahren 1919 bis 1932 25 vH aller Stellen ausmachten, gingen in den Jahren 1933 bis 1938 auf durchschnittlich 22 vH zurück und erreichten 1937 mit 12,5 vH ihren niedrigsten Stand. 1938 und 1939 haben diese Betriebe anteilmäßig wieder zugenommen, und zwar auf 16 und 14 vH aller Neubauernhöfe.

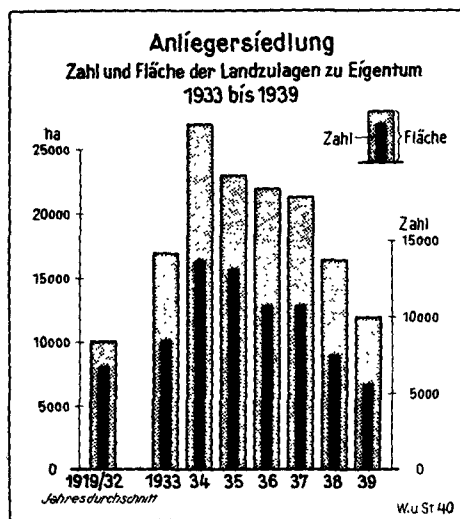
Auf preußische Gebiete entfielen von den im Jahre 1939 errichteten Neubauernhöfen 483 Höfe oder 61 vH; ihre Fläche betrug 11 800 ha oder 66 vH der im ganzen Reich ausgelegten Neubauernhöfe. Es ergibt sich für Preußen hiernach mit 24,4 ha eine erheblich größere Durchschnittsfläche je Hof als im Reich.

Noch weit über diese Hofgröße hinaus gehen die Durchschnittsgrößen in einzelnen preußischen Provinzen, so in der Mark Brandenburg, Pommern und Schlesien. In diesen drei Provinzen wurden je 82 bis 87 Neubauernhöfe mit zusammen je 2 200 bis 2 700 ha errichtet; die durchschnittliche Größe betrug 33, 29 und 27 ha. In den Ländern Sachsen, Anhalt, Thüringen und in den südwestdeutschen Ländern wurden gleichfalls Neubauernhöfe mit einem besonders für die südwestdeutschen Verhältnisse großen Flächendurchschnitt, und zwar von 22 bis 27 ha errichtet. Die für den Reichsgau Niederdonau verzeichnete Durchschnittsgröße von 47 ha ergibt sich daraus, daß dort bisher nur 2 Höfe mit zusammen 94 ha errichtet wurden.

Seit dem Jahre 1933 wurden mit Einschluß der vorläufigen Ergebnisse von 1939 insgesamt rd. 21 200 neue Bauernhöfe mit einer Gesamtfläche von 347 000 ha errichtet.

Die Anliegersiedlung

Im Jahre 1939 wurden im Deutschen Reich durch die Anliegersiedlung nach vorläufigen Zahlen rd. 5 600 Landzulagen an landwirtschaftliche Kleinbetriebe zur wirtschaftlichen Sicherung und Vergrößerung ihrer Betriebsfläche auf Erbhofgröße verteilt. Die Gesamtfläche dieser Landzulagen betrug 12 000 ha; eine Landzulage hatte somit eine durchschnittliche Größe von 2,1 ha. Auch hier ist mit einer nachträglichen Erhöhung der gemeldeten Landzulagen zu rechnen. Die Anliegersiedlung wird durch die Verknappung der verfügbaren Bauarbeiter und Baustoffe nicht wie die Errichtung neuer Bauernhöfe unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen, da im allgemeinen zunächst keine baulichen Veränderungen an den Wirtschaftsgebäuden der mit Landzulagen ausgestatteten Kleinbetriebe vorgenommen zu werden brauchen. So wies dieser Zweig der Siedlungstätigkeit auch im Jahre 1939 noch verhältnismäßig hohe Gesamtergebnisse auf, wenngleich auch hier, insbesondere seit Kriegsausbruch, ein Rückgang eingetreten ist.



Schlesien behauptete auch im Jahre 1939 wie in den Vorjahren den ersten Platz in der Anliegersiedlung; es wurden dort 1 152 Landzulagen mit insgesamt 2 210 ha verteilt. Von den preußischen Provinzen sind ferner Ostpreußen und die Mark Brandenburg mit je 500 und 400 Landzulagen im Gesamtumfang von 1 000 und 1 300 ha zu nennen. Von außerpreussischen Gebieten steht Hessen mit 769 Landzulagen von zusammen 915 ha an der Spitze; hier dürften infolge rückständiger Meldungen noch erheblich höhere Zahlen erreicht werden. Die Durchschnittsgröße einer Landzulage, die im Reich 2,1 ha und in Preußen 2,6 ha betrug, wechselt in den einzelnen Reichsgebieten — abgesehen von der durch einen einzigen Fall in Oberdonau bestimmten Fläche von 8 ha — zwischen 0,5 ha in Württemberg und 5,9 ha in der Rheinprovinz.

Durch Anliegersiedlung vermittelte Landzulagen zu Eigentum	1939			1938			Gesamt- ergebnis 1933 bis 1939	
	Zahl der Land- zulagen	Ge- samt- fläche	Durch- schnittl. Fläche je Land- zulage	Zahl der Land- zulagen	Ge- samt- fläche	Durch- schnittl. Fläche je Land- zulage	Zahl der Land- zulagen	Ge- samt- fläche ha
		ha			ha			
Ostpreußen	492	1 038	2,1	790	2 686	3,4	4 914	14 432
Mark Brandenburg und Berlin	398	1 276	3,2	1 008	2 397	2,4	6 705	16 285
Pommern	341	964	2,8	1 234	2 858	2,3	8 307	21 709
Schlesien	1 152	2 210	1,9	1 437	2 598	1,8	20 972	36 812
Sachsen	229	749	3,3	386	650	1,7	3 147	6 724
Schleswig-Holstein	99	349	3,5	92	352	3,8	978	3 813
Hannover	313	900	2,9	416	1 026	2,5	2 828	7 643
Westfalen	51	142	2,8	129	274	2,1	888	1 667
Hessen-Nassau	79	318	4,0	114	127	1,1	1 377	1 544
Rheinprovinz	45	264	5,9	54	202	3,7	603	1 472
Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	46	37
Preußen	3 199	8 210	2,6	5 660	13 170	2,3	50 765	112 138
Bayern	30	56	1,9	116	223	1,9	1 115	1 422
Sachsen	314	596	1,9	261	485	1,9	2 571	3 966
Württemberg	427	230	0,5	528	332	0,6	3 046	1 517
Baden	390	565	1,4	223	247	1,1	1 165	1 517
Thüringen	201	535	2,7	162	311	1,9	1 660	2 256
Hessen	769	915	1,2	183	241	1,3	5 543	5 427
Mecklenburg	105	303	2,9	359	1 288	3,6	2 560	7 722
Oldenburg	66	145	2,2	61	118	1,9	706	1 483
Braunschweig	2	4	2,0	8	39	4,9	139	338
Anhalt	60	73	1,2	26	49	1,9	504	780
Lippe	—	—	—	1	3	3,0	22	41
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—	57	49
Saarland	2	7	3,5	9	29	3,2	27	40
Reichsgau Niederdonau	13	51	3,9	—	—	—	13	51
„ Oberdonau	1	8	8,0	—	—	—	1	8
„ Danzig- Westpr....	62	303	4,9	13	53	4,1	222	754
Deutsches Reich	5 641	12 001	2,1	7 610	16 588	2,2	70 116	139 281

Das Gesamtergebnis der Anliegersiedlung in den Jahren 1933 bis 1939 beläuft sich auf rd. 70 000 Landzulagen mit einer Gesamtfläche von nahezu 140 000 ha.

Vorrat an Siedlungsland

Am 1. Januar 1940 standen bei den Siedlungsgesellschaften im ganzen 107 300 ha Siedlungsland für die Neubildung deutschen Bauerntums bereit. In dieser Zahl sind nur diejenigen Flächen berücksichtigt, die für die Auslegung von Neubauernhöfen und für die Verteilung von Landzulagen an Anliegersiedlungen tatsächlich verwendet werden sollen. Nicht enthalten sind dagegen diejenigen

Vorrat an Siedlungsland	1. Januar		
	1940	1939	1938
	ha		
Ostpreußen	9 178	7 683	9 610
Mark Brandenburg	8 246	8 755	8 887
Pommern	12 042	14 616	16 417
Schlesien	12 378	10 580	11 295
Sachsen	3 286	4 337	2 989
Schleswig-Holstein	4 828	3 789	3 386
Hannover	9 690	9 210	8 212
Westfalen	1 649	1 847	2 293
Hessen-Nassau	1 012	875	1 109
Rheinprovinz	2 782	1 946	1 310
Preußen	65 091	63 638	65 508
Bayern	2 198	2 704	4 118
Sachsen	1 344	1 618	2 495
Württemberg	594	708	952
Baden	1 404	1 185	707
Thüringen	178	154	209
Hessen	3 085	3 607	2 961
Mecklenburg	9 686	12 251	17 684
Oldenburg	7 938	8 215	3 137
Braunschweig	308	293	812
Anhalt	598	1 138	1 155
Lippe	92	91	—
Schaumburg-Lippe	35	—	—
Saarland	35	54	35
Reichsgau Wien	155	133	—
„ Niederdonau	10 889	5 977	—
„ Oberdonau	48	—	—
„ Steiermark	612	—	—
„ Kärnten	247	—	—
„ Sudetenland	1 477	—	—
„ Danzig-Westpreußen	1 294	1 092	1 220
Deutsches Reich	107 308	102 858	100 993

Flächen, die im Rahmen der erworbenen oder bereitgestellten Siedlungsflächen (Siedlungssachen) zunächst zwar als Landerwerb oder Landbereitstellung gerechnet wurden, aber im Laufe des Siedlungsverfahrens für andere Zwecke, z. B. für die Anlage von Wegen, Gräben, als Dotationen, Vorbehaltstücke und für den freien Verkauf abgezweigt wurden oder für diese Zwecke noch abgegeben werden sollen.

Gegenüber dem vorjährigen Landvorrat von 102 900 ha hat sich die verfügbare Fläche somit um 4 400 ha vergrößert. Die Zunahme entfällt in erster Linie auf die Reichsgaue der Ostmark, die zusammen 12 000 ha gegen 6 100 ha im Vorjahr, also eine Zunahme um 5 900 ha aufweisen, ferner auch auf die erstmalige Nachweisung eines Landvorrats von 1 500 ha im Reichsgau Sudeten-

land. Der für den neugebildeten Reichsgau Danzig-Westpreußen nachgewiesene Landvorrat von 1 294 ha am 1. Januar 1940 befand sich ausschließlich in dem von der Provinz Ostpreußen übernommenen Regierungsbezirk Westpreußen, auf den sich auch die Angaben für die Vorjahre beziehen. Zugunommen hat der Landvorrat ferner vor allem in den preussischen Provinzen Ostpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein und in der Rheinprovinz sowie im Land Baden. In den übrigen Reichsgebieten hat sich der Landvorrat überwiegend vermindert, und zwar wie im Vorjahr in stärkerem Maße in Mecklenburg und Pommern.

Für die weitere Neubildung deutschen Bauerntums stellt der am 1. Januar 1940 vorhandene Landvorrat eine gegenüber den Vorjahren erweiterte und jederzeit verfügbare Landreserve dar.

Anbau und Ernte im Ausland

Aussaatflächen und Saatenstand. Nach den beim Internationalen Landwirtschafts-Institut in Rom eingelaufenen Berichten hat in Europa das Wintergetreide unter einem übermäßig nassen Herbst und einem langen strengen Winter zu leiden gehabt. Die im März einsetzende Temperatursteigerung, auf die Anfang April noch ein Rückschlag kam, hat eine rasche Schneeschmelze und Überschwemmungen in Mittel- und Südosteuropa verursacht. Außerdem wurden die Bestellungsarbeiten vielfach durch Mangel an Arbeitskräften erschwert. Ob die Verringerung der Winterweizenanbaufläche durch stärkere Frühjahrsaussaaten ausgeglichen worden ist, scheint nach den bisher vorliegenden Berichten zweifelhaft. Vielfach wurde der Weizen durch Gerste oder Hafer und in den östlichen Gebieten durch Mais ersetzt. Insgesamt wird die Weizenanbaufläche Europas etwas kleiner sein als im Jahre 1939. Auch der Ernteertrag wird voraussichtlich den des Vorjahrs nicht erreichen; die Wintersaaten stehen nicht besonders gut, wenn sich auch die Frostschäden als geringer herauszustellen scheinen, als man bisher angenommen hat.

In Frankreich war die Entwicklung des Getreides, dessen Gesamtfläche auf 5 Mill. ha geschätzt wird, Anfang April im Rückstand. In Großbritannien sind von den 810 000 ha, deren Umwandlung in Ackerland durch den Anbauplan vorgesehen war, 769 000 ha in Kultur genommen worden; das Sommergetreide zeigt einen guten Stand; der vergrößerte Sommerweizenanbau soll zum Teil den vernichteten Winterweizen ersetzen. Eine Ausdehnung der Anbauflächen erwartet man auch bei Gerste und Hafer. In der Schweiz stand das Wintergetreide, das ohnehin nur zwei Drittel der durchschnittlichen Fläche einnahm, im Frühjahr so schlecht wie seit Jahren nicht; zahlreiche Umpflügungen waren notwendig, und die Frühjahrspflanzung schritt nur langsam vorwärts. In Jugoslawien haben außerordentlich umfangreiche Überschwemmungen und starke Regenfälle Anfang April großen Schaden angerichtet. Auch aus Ungarn werden große Verheerungen durch Hochwasser gemeldet. Ende April war die Entwicklung der Saaten noch wenig fortgeschritten. Beim Wintergetreide hatte namentlich der spät gesäte Weizen und Roggen Schäden davongetragen und mußte größtenteils umgepflügt werden. In Rumänien hat der Winterweizen, soweit bisher ein Überblick möglich ist, mit Ausnahme Süd-Bessarabiens, Munteniens und der Dobrudscha gut überwintert. Die Wintergerste hat stärker gelitten. Ein neuer Temperatursturz zu Anfang April hemmte die Frühjahrspflanzung. In der Sowjetunion hielten sich trotz dem strengen Winter die Frostschäden in normalen Grenzen. Am umfangreichsten waren sie im Süden, wo die Schneedecke nicht überall ausreichte. Anfang April stand das Wintergetreide recht zufriedenstellend und besser als 1939. Temperaturschwankungen verzögerten lediglich die Frühjahrsaussaaten; am 5. April waren nur 2,8 Mill. ha = 3 vH der Planfläche mit Sommergetreide bestellt gegenüber 8 vH der Planfläche im Vorjahr. Das europäische Rußland, namentlich die Ukraine, ist dabei noch weiter zurück als die asiatischen Gebiete.

In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Canada hat sich an den bereits mitgeteilten Anbauziffern¹⁾ nichts geändert.

In den Vereinigten Staaten wird die Sommerweizenbestellung mit 7,9 Mill. ha angegeben, 10,8 vH mehr als 1939, aber nur etwa 87 vH des Durchschnitts 1934/1938. Von dieser Fläche entfallen 1,3 Mill. ha auf Hartweizen, was 109,9 vH des Vorjahrs und 117,9 vH des Durchschnitts betragen würde. Diese Zunahme gleicht den Rückgang des Winterweizenanbaus jedoch nur teilweise aus; insgesamt würde der Weizen nur 19 Mill. ha und damit die kleinste Fläche seit 1934 einnehmen. Den voraussichtlichen Ertrag an Winterweizen schätzte man am 1. April auf nur 116 Mill. dz und damit um 24,4 vH geringer als 1939, aber immerhin höher, als die Dezemberschätzung annahm, da die meisten im Herbst von langer Trockenheit heimgesuchten Gegenden in der ersten Aprilhälfte reichliche Niederschläge erhielten. Die Aussaat des Sommerweizens schritt gut fort, die Bodenfeuchtigkeit reicht anscheinend für die Keimung der Saaten aus. Der Gerstenanbau der Vereinigten Staaten läßt sich unter sehr vorsichtiger Schätzung auf etwa 5,9 Mill. ha (1939 5,1 Mill. ha) veranschlagen. Mit Hafer wurden nur 14,5 Mill. ha bestellt, das sind zwar 14 000 ha mehr als 1939, gleichzeitig aber ist es die zweitkleinste Fläche seit 31 Jahren. In Canada waren Bodenfeuchtigkeit und Niederschläge nur gering, die Frühjahrspflanzung hat aber bereits gute Fortschritte erzielt, Mitte April begann die Aussaat. Anscheinend soll der Sommerweizenanbau gegenüber dem Vorjahr vergrößert werden. Aus Argentinien werden reichliche Niederschläge gemeldet, die den Boden für die kommende Bestellung gut vorbereiten. Für Britisch-Indien gibt die dritte Schätzung eine Weizenanbaufläche von 13,5 Mill. ha an; diese Ziffer entspricht dem Vorjahr und nahezu auch dem Durchschnitt. Die günstige Witterung läßt den ausgezeichneten Ertrag von 106 Mill. dz erwarten, der den Vorjahrsertrag um 12,4 vH und den fünfjährigen Durchschnitt 1934/38 um 4,2 vH übertreffen würde. In Japan standen Weizen und Gerste am 1. April weiter normal, in Palästina zur gleichen Zeit ausgezeichnet. In der Türkei haben die Halmfrüchte streckenweise unter Überschwemmungen gelitten. In Nordafrika stand das Getreide dank den günstigen Witterungsverhältnissen befriedigend, es läßt hohe Erträge erwarten. In Ägypten begann Mitte März bei den frühen Gerstensorten die Ernte. In Australien war das Wetter für die Aussaaten günstig.

Maisanbau. In den Vereinigten Staaten von Amerika schätzte man die voraussichtliche Maisanbaufläche auf 35,5 Mill. ha. Sie wäre damit die kleinste seit mehr als 40 Jahren und erreichte nur 95,9 vH der Vorjahrsfläche und 89,8 vH des Durchschnitts 1934/38. Die Anbauverminderung ist hauptsächlich im eigentlichen Maisgebiet festzustellen, wo der staatliche Anbauzuschuß um 12 vH gesenkt worden ist. Die argentinische Anbaufläche im Jahre 1939/40 schätzte man mit 7,2 Mill. ha um 35,8 vH höher als im Vorjahr und um 6,4 vH höher als im Durchschnitt 1933/34 bis 1937/38. Die Ernte verspricht infolge der günstigen Witterungsverhältnisse reichlich zu werden. Man veranschlagt sie mit 110,3 Mill. dz um 26,7 vH höher als den Vorjahrsertrag und erwartet in ihr die zweitgrößte Ernte seit 1934/35. In Uruguay beurteilte man im März die Ernteausichten gut, wenn auch die späten Sorten nicht ohne Schäden durch Trockenheit und Spätfröste geblieben waren. In der

¹⁾ »W. u. St.« 1940, Nr. 7/8, S. 95.

Union von Südafrika werden die Ernteaussichten als sehr schlecht bezeichnet, da im Oranje-Freistaat Trockenheit, in Transvaal Heuschreckenfraß und in Natal Unwetter, Trockenheit und Raupenfraß in den Maisfeldern viel Schaden angerichtet haben. Auch in Annam und Tongking litt der Mais unter Dürre, in Kambodscha war sein Anbau durch die Ausdehnung des Tabak- und Erdnußbaues eingeschränkt, in Cochinchina dagegen als Ersatz für vernichtete Reisfelder ausgedehnt worden.

Zuckerrübenanbau. Die Angaben über den diesjährigen Zuckerrübenanbau sind beim Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom noch nicht vollzählig eingelaufen; sie bieten daher nur ein unvollständiges Bild der Lage in Europa. Die Anbauflächen haben sich in den meisten Staaten, aus denen Meldungen vorliegen, gegenüber dem Vorjahr ausgedehnt, und zwar in Irland

Zuckerrüben- Anbauflächen	1940	1939	Durchschnitt 1934—38
Belgien	54 000	54 032	47 495
Finnland	3 300	3 380	3 506
Ungarn	53 000	52 520	39 424
Irland	26 300	17 800	22 431
Italien	165 000	149 049	103 950
Niederlande	52 000	43 500	42 253
Rumanien	55 770	53 366	36 065
Schweden	55 000	50 752	51 725
Schweiz	3 400	3 600	2 009
Jugoslawien	60 000	46 000	23 751
Japan	18 800	19 495	17 191

um 48 vH, in Jugoslawien um 30 vH, in den Niederlanden um 20 vH, in Italien um 11 vH, in Schweden um 8 vH und in Rumänien um 5 vH. In Ungarn und Belgien haben sie sich kaum verändert. In Finnland und der Schweiz sind sie um 2 und 6 vH zurückgegangen. In der Sowjetunion und der Türkei wird mit einer Anbauausdehnung gerechnet.

Baumwollanbau. Im Süden der Vereinigten Staaten von Amerika zeigte sich Mitte März das Wetter der Bestellung günstig. Anfang April war die Aussaat in vollem Gange. In Britisch-Indien bleibt die diesjährige Anbaufläche mit etwa 721 000 ha um 9,1 vH hinter der von 1938/39 und um 26,7 vH hinter dem Durchschnitt der fünf weiteren Vorjahre zurück. Die Ertragsschätzung beläuft sich mit rund 666 000 dz nur auf 94,3 vH des Vorjahrs und 74,0 vH des Durchschnitts. Im sowjetrussischen Zentralasien und Transkaukasien herrschte Ende März und Anfang April gutes Wetter für die Bestellung. Am 5. April waren freilich erst rund 45 000 ha oder 2 vH der vorgesehenen Planfläche mit Baumwollsaat bestellt gegenüber 107 000 ha oder 5,4 vH am gleichen Tage des Jahres 1939. In Ägypten waren trotz ungünstiger Temperaturen 95 vH der beabsichtigten Anbaufläche besät; sie übertrifft die vorjährige, die allerdings die kleinste des letzten Jahrzehntes war, höchstwahrscheinlich um 5 bis 10 vH. In Jugoslawien und Griechenland gewann der Baumwollanbau an Ausdehnung, in Griechenland will man den gesamten Landesbedarf selbst erzeugen.

Die Wirtschaftsstruktur Norwegens

Gebiet und Bevölkerung

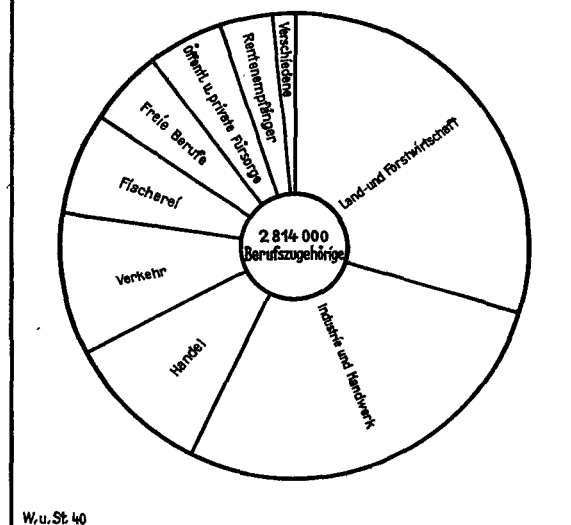
Norwegen ist ein unwirtliches langgestrecktes Hochgebirgsland mit der außerordentlich großen Längenausdehnung von 1 750 km Luftlinie. Zwischen der 2 750 km langen Landgrenze gegen Schweden und Finnland und der — ohne Einbuchtungen — 3 400 km langen Seegrenze dehnt sich Norwegen in wechselnder Breite in Nord-Süd-Richtung. Fast drei Viertel des gesamten Staatsgebietes sind Unland, glatter, nackter Fels ohne Bodenkrupe. 25 vH hat Waldbestand, der den größten natürlichen Reichtum des Landes darstellt. Nur 3 vH sind landwirtschaftliche Nutzfläche; sie liegt hauptsächlich in den Tälern Südnorwegens. Auf der 323 000 qkm großen Fläche wohnen nur 2 920 000 Menschen (Ende 1938), d. h. auf 1 qkm kommen durchschnittlich nicht mehr als 9 Einwohner. Lediglich im Süden gibt es Landdistrikte mit einer Einwohnerdichte von 30—45; im nördlichen Finnmarken kommt auf den Quadratkilometer nur 1 Einwohner. Das Verhältnis von ländlicher und städtischer Bevölkerung hat sich im 20. Jahrhundert kaum geändert. 1900 wohnten 1 612 382 Menschen auf dem Lande und 627 650 in der Stadt (28 vH), 1930 hatte sich die ländliche Bevölkerung auf 2 013 860 erhöht; die städtische Einwohnerschaft war auf 800 514 oder 28,4 vH der Gesamtzahl angewachsen. Eigentliche Großstadt ist nur Oslo mit 275 000 Einwohnern. Bergen hat die Zahl von 100 000 Einwohnern über-

schritten, Drontheim zählt 60 000, Stavanger 50 000 und Drammen nicht ganz 30 000 Einwohner. Neben diesen größeren Seestädten gibt es noch 16 Küstenstädte in der Größenklasse von 10 000 bis 20 000 Einwohnern; nennenswerte Binnenstädte sind nur Hamar, Lillehammer und Kongsberg, alle drei Kleinstädte unter 10 000 Einwohnern.

Berufliche Gliederung der Bevölkerung 1930	Berufstätige		Berufszugehörige	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Land- und Forstwirtschaft ..	336 364	27,3	838 848	29,9
Industrie und Handwerk ..	309 813	25,2	774 031	27,5
Handel	145 839	11,8	285 555	10,1
Verkehr	108 422	8,8	272 805	9,7
Fischerei	75 977	6,2	196 772	7,0
Freie Berufe	66 247	5,4	155 257	5,5
Öffentliche und private Fürsorge	91 444	7,4	140 932	5,0
Rentenempfänger	73 542	6,0	100 617	3,6
Verschiedene	23 747	1,9	49 377	1,7
Insgesamt	1 231 395	100,0	2 814 194	100,0

¹⁾ Davon Schifffahrt 46 593.

Berufliche Gliederung der Bevölkerung Norwegens 1930



Die Berufszugehörigkeit zur Land- und Forstwirtschaft hat zahlen- und verhältnismäßig abgenommen; 1910 gehörten 990 000 Personen oder 41,7 vH und 1930 839 000 oder 29,9 vH zur Land-

wirtschaft. Die der Industrie Berufszugehörigen nahmen in der gleichen Zeit nur wenig, von 634 000 oder 26,7 vH auf 774 000 oder 27,5 vH der Gesamtzahl zu.

Norwegen besitzt in der Arktis die ihres Kohlenreichtums wegen wichtige Inselgruppe Svalbard (Spitzbergen und die Bäreninsel), die 62 920 qkm groß ist und 2 466 Einwohner (Winter 1936/37) zählt, und die 372 qkm große Insel Jan Mayen mit einer Wetter- und Funkstation. In der Antarktis gehören zu Norwegen die unbewohnten Inseln Bouvet mit 58 qkm und Peter I. mit 243 qkm, ferner ein Teil der antarktischen Festlandsküste.

Verkehr

Das felsige Hochland und die tiefeinschneidenden Fjorde setzen der verkehrsmäßigen Erschließung im Innern große Schwierigkeiten entgegen. Die nördlichsten Verwaltungsbezirke, Nordland und Finnmark, haben weder Straßen- noch Eisenbahnverbindung mit den übrigen Teilen des Landes. Die Gesamtlänge des Straßennetzes betrug 1938 41 400 km, von denen 18 800 km Hauptstraßen sind. Das Eisenbahnnetz hat eine Gesamtlänge von 3 988 km, 3 828 km davon sind Staatsbahnen. Die Haupteisenbahnstrecken verbinden Oslo mit Bergen und Drontheim. Zwei Bahnen von Oslo und je eine Bahn von Drontheim und Narvik verbinden Norwegen mit Schweden. Die nur 42 km lange Bahnstrecke von Narvik bis zur Grenze befördert die schwedischen Eisenerze von Kiruna; die Leistung dieser Bahn beträgt in tkm 37 vH der Gesamtleistung aller norwegischen Eisenbahnen. Die Dichte des Eisenbahnnetzes ist mit 12,4 km auf 1 000 qkm sehr gering; die des deutschen Netzes beträgt mehr als das Zehnfache. Auf 1 000 Einwohner bezogen ist die Bahnlänge mit 1,4 km aber um 40 vH höher als in Deutschland.

Die innernorwegischen Flugverbindungen sind nur wenig ausgebaut; zudem liegen sie der klimatischen Verhältnisse wegen den größten Teil des Jahres still. Die internationalen Linien wurden bis auf eine Beteiligung an der Strecke Oslo-Kopenhagen von ausländischen Gesellschaften befohlen.

Die Flüsse sind ihres Gefälles wegen nicht zu befahren, doch ist die Holzflößerei bedeutend.

Die norwegische Küstenschifffahrt hat erhebliche Bedeutung. Sie erschließt durch die lange hafenreiche Küste große Teile Norwegens dem Verkehr. 1935 versahen 417 Schiffe mit 100 000 BRT diesen Dienst.

Norwegens Handelsflotte ist mit 4 835 000 BRT (Mitte 1939) die viertgrößte der Welt, aber seit 1919 wurden nur 12 vH der Tonnage im Lande selbst gebaut. Nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine größere Tankerschiff-tonnage. Kein anderes Land hat einen so hohen Anteil an Motorschiffen (1938 60 vH).

Unter den Spezialschiffen bilden die Tanker mit 40 vH der Gesamttonnage, ungerechnet die 240 000 BRT große Walfangflotte, die Hauptgruppe. Die stark gestiegene Linienschifffahrt umfaßt nahezu 1 Mill. BRT. Dem Alter der Schiffe nach ist Norwegens Flotte die jüngste der Welt, 46,2 vH sind weniger als 10 Jahre, weitere 16,6 vH weniger als 15 Jahre alt.

Nach den großen Verlusten des Weltkrieges, die fast die Hälfte des Vorkriegsbestandes betrug, erholte sich die norwegische Schifffahrt sehr schnell wieder und baute ihre Flotte in der Folgezeit ständig weiter aus. Die geringen Rückgänge in den Krisen-jahren 1932/35 waren 1936 wieder eingeholt.

Landwirtschaft

Norwegen erstreckt sich über 13 Breitengrade bis zum 71° nördl. Breite. Trotz dieser ungünstigen Lage läßt das von dem Golfstrom beeinflusste milde Seeklima auch in den nördlichsten Teilen Ackerbau zu. Im Süden gedeihen Weizen, Roggen und Gartenfrüchte, in Gebieten nördlich Drontheims gelangt noch Hafer, nördlich Narviks noch Gerste zur Reife, während Kartoffeln bis fast zum Nordkap hinauf Erträge bringen. Die Hochgebirgsnatur des Landes beschränkt die landwirtschaftliche Nutzfläche auf 10 377 qkm oder 3,1 vH des Gesamtgebietes (1938).

Die norwegischen Landwirte sind Kleinbauern; 94 vH der Betriebe werden von ihren Eigentümern bewirtschaftet.

Die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Umfang des kultivierten Bodens und der natürlichen Grasflächen (ohne Waldflächen) betrug 1929:

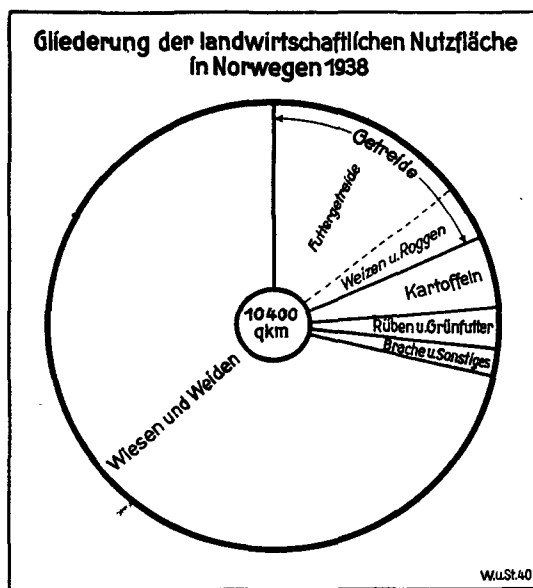
Betriebsgröße	Zahl der Betriebe	vH
weniger als 10 ha	243 890	92,11
10 ha bis 20 ha	15 726	5,95
20 „ „ 50 „	4 844	1,82
50 „ „ 70 „	219	0,08
70 „ „ 100 „	73	0,03
über 100 ha	32	0,01
Insgesamt	264 784	100,00

Vielen Kleinlandwirten ermöglichen erst die Erträge des Waldes, zusammen mit der Ausführung von Arbeiten in anderen Berufen, besonders in der Fischerei, den Lebensunterhalt. 80 vH der landwirtschaftlichen Betriebe besitzen 64 vH des Waldgebietes.

Der Anbau von Weizen und Roggen nimmt nur 4 vH der Nutzfläche ein. Der weitaus größte Teil des Bodens dient der Futtererzeugung. Es entfielen:

auf die Anbaufläche von	1930	1938
	1 000 ha	
Weizen	12,3	35,0
Roggen	7,7	5,4
Gerste	54,4	59,8
Hafer	96,8	85,2
Gemenge	5,5	4,5
Hülsenfrüchten	1,1	1,0
Kartoffeln	47,2	53,5
Grünfutter	14,6	14,3
Rüben	17,9	18,0
Brache und Sonstiges ¹⁾	18,8	20,3
Kulturgrasflächen	505,9	552,3
Natürliche Grasflächen	216,9	188,5
Insgesamt	999	1 038

¹⁾ Einschl. der Gartengebiete.



Hektarerträge und Erntemengen	Hektarerträge		Erntemengen	
	1928	1938	1939	1934/39 ¹⁾
	dz		1000 t	
Weizen	18,9	20,5	69,4	58,3
Roggen	17,0	20,4	10,4	10,9
Gerste	18,6	20,8	126,7	122,3
Hafer	18,5	23,1	183,2	183,0
Hülsenfrüchte	.	.	1,8	1,8
Kartoffeln	188,5	175,1	940,9	900,3
Rüben	.	.	676,2	712,6
Heu	.	.	2 537,4	2 659,0
Stroh	.	.	620,2	578,2

¹⁾ Jahresdurchschnitt.

Die kultivierte Fläche nahm seit 1900 um 25 vH zu, während sich die natürlichen Wiesen und Weiden um 39 vH verminderten; die Gesamtfläche nahm nur um 5 vH zu.

Die Hektarerträge der norwegischen Landwirtschaft sind im Landesdurchschnitt verhältnismäßig hoch.

Der Ertragsindex der Ernten, berechnet nach Futtereinheiten, stieg von 100 für den Jahresdurchschnitt 1901/05 auf 128,1 für 1926/30, auf 160,3 im Jahre 1938 und sank 1939 auf 144,5.

Die Viehwirtschaft ist der wichtigste Zweig der norwegischen Landwirtschaft. Von dem Erntewert für 1938 von 339,3 Mill. Kr. entfielen nur 55 Mill. Kr. auf Erzeugnisse für die menschliche Ernährung (Korn und Kartoffeln). Die Erzeugnisse der Viehwirtschaft hatten einen Wert von 458 Mill. Kr. Der Produktionsindex der Viehwirtschaft stieg von 100 im Jahre 1900 auf 140,3 für 1929/30 und 159,7 für 1937/38.

Viehbestand	1900	1930	1938
		1000 Stück	
Pferde	166	177	193
Rindvieh insgesamt ...	1 007	1 251	1 399
davon			
Milchkühe		763	832
Schweine	236	339	429
Schafe	1 398	1 588	1 778
Ziegen	283	333	308
Federvieh	1 586	3 098	3 526

Die jährliche Milchmenge je Kuh ist mit 1650 kg klein (Deutschland 2 519 kg).

Erzeugung u. Verbrauch wichtiger tierischer Nahrungsmittel 1937	Erzeugung	Verbrauch	Verbrauch je Einwohner in kg
		t	
Fleisch	60 694	62 502	21,5
Speck	41 000	40 642	14,0
Eier	21 369	20 152	6,9
Milch	1 404 191	1 377 029	473,7
Insgesamt ¹⁾ ...	607 841	599 077	206,1

¹⁾ Umgerechnet in Fleischeinheiten.

Infolge der geringen Bedeutung des Ackerbaus ist die Versorgung Norwegens mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von ausländischen Zufuhren abhängig.

Einfuhrbedarf an Getreide und Kraftfuttermitteln	1939	Jahresdurchschnitt 1934/39
		t
Weizen	252 788	180 493
Roggen	139 289	134 311
Gerste	24 603	16 775
Hafer	2 337	1 960
Hülsenfrüchte		6 051
Mais	134 172	136 721
Kleie	59 259	72 952
Öl- und eiweißreiche Futtermittel ..	88 268	68 356
Andere Kraftfuttermittel	31 032	20 508

Der Einfuhrüberschuß betrug im Durchschnitt der Jahre 1934/39 in vH des Gesamtbedarfs:

bei Weizen	76 vH
Roggen	92 „
Gerste	12 „
Hafer	1 „
Mais	100 „
Hülsenfrüchten	78 „
Kartoffeln	—

Zu den Kraftfuttermitteln inländischer Erzeugung gehört das Heringsmehl, von dem die Landwirtschaft 1938 etwa 12 000 t verbrauchte.

Die viehwirtschaftlichen Erzeugnisse decken den Bedarf bis auf einen geringen Fehlbetrag an Fleisch. Kleine Ausfuhrüberschüsse bestehen in Butter, Käse, Eiern und Speck.

In Fleischeinheiten umgerechnet ergibt sich für 1937 ein Ausfuhrüberschuß von etwa 1½ vH der Erzeugung.

An Speisefetten verbraucht Norwegen hauptsächlich Margarine, 1937 waren es 53 207 t. Die zur Margarineherstellung benötigten pflanzlichen Rohstoffe werden eingeführt, außerdem wird Waltran verarbeitet.

Ein besonderer Zweig der norwegischen Tierhaltung ist die Pelztierzucht. Die Zahl der Silberfuchse, die den Hauptanteil des Pelztierbestandes ausmachen, schätzte man 1937 auf 500 000 Stück. Die Edelpelzerzeugnisse hatten einen Wert von 30 Mill. Kr.

Ein- und Ausfuhr wichtiger viehwirtschaftlicher Erzeugnisse	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Fleisch ¹⁾			t			
Einfuhr	961	1 209	1 340	1 933	1 872	1 599
Ausfuhr	73	72	48	125	106	.
Speck						
Einfuhr	148	278	534	248	218	587
Ausfuhr	1 285	1 043	605	606	619	573
Eier						
Einfuhr ²⁾	52	51	42	34	31	.
Ausfuhr	1 036	627	1 205	1 251	1 581	1 510
Butter						
Einfuhr	2	2	—	0	0	.
Ausfuhr	248	191	192	201	815	57
Käse						
Einfuhr	98	115	123	195	236	294
Ausfuhr	2 009	1 438	1 545	1 682	1 652	1 799

¹⁾ Ohne Wild, Geflügel und Renntierfleisch. — ²⁾ Überwiegend Eigelb.

Fischerei und Walfang

Die Fangergebnisse hatten im Jahre 1937 einen Wert von 177 Mill. Kr., wovon 92 Mill. auf Fischerei, 3 Mill. auf Robbenfang und 82 Mill. auf Walfang entfielen.

Auf Heringe und Dorsche kamen 81 vH der Menge und 64 vH des Wertes der Fischfänge. Bezogen auf eine Gewichtseinheit ist der Wert der norwegischen Fänge bedeutend niedriger als der in anderen Ländern.

Die Ausfuhr von Fischen und Krebsen betrug:

	1000 t	Mill. Kr.
1937....	257	93
1938....	230	84

Die Fischerei zählt 83 000 hauptberuflich und 40 500 nebenberuflich Tätige (1937). Die Flotte umfaßt etwa 86 000 Schiffe, davon 55 000 offene Boote ohne Motor und 14 000 mit Motor. Entsprechend dem großen Anteil kleiner Boote werden nahezu 97 vH der Fischmengen in den norwegischen Küstengewässern gefangen.

In der Fangzeit 1937/38 nahmen 7 615 Norweger am Walfang in der Antarktis teil; 11 Walkochereien und 83 Fangboote fuhrten unter norwegischer Flagge. Die Antarktis ist das Hauptfanggebiet für Wale. Die Walölherzeugung betrug 1932/33 223 100 t, 1937/38 198 000 t.

Waldwirtschaft

Die Waldfläche Norwegens beträgt 76 289 qkm oder 25 vH des Gesamtgebietes. Norwegens Holzbestand wird auf 323 Mill. Raummeter mit einem jährlichen Zuwachs von 10 Mill. Raummeter geschätzt. Die Nadelhölzer überwiegen mit 70 vH der Fläche und 80 vH der Holzmenge. Die Ausbeute an Nutzholz beträgt 7,75 Mill. Raummeter, darunter nur 0,03 Mill. Laubholz (1937/38).

Industrie

Der Beginn der Industrialisierung Norwegens liegt etwa in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die Auflösung der wirtschaftlichen Vereinigung mit Schweden, der Übergang zum Schutzsystem und das Aufkommen der Elektrizitätswirtschaft kurz vor der Jahrhundertwende waren maßgebend für einen rascheren Ausbau.

Die Hauptstandorte der Industrie liegen am Meer um Bergen, Stavanger, Drontheim und im Südosten mit Oslo als größter Industriestadt des Landes.

Die natürlichen Voraussetzungen für den heutigen Industrieaufbau Norwegens waren der Reichtum des Landes an Holz, Mineralien, Wasserkraft und leicht erreichbaren Fischgewässern. Auf ihnen wurden Spezialindustrien aufgebaut, die überwiegend für die Weltmärkte arbeiten. Das Zollschutzsystem ermöglichte es, auch Industriezweige zu entwickeln, die auf den heimischen Märkten im Wettbewerb mit ausländischem Angebot stehen.

Die bedeutendste Energiequelle der norwegischen Wirtschaft ist die Wasserkraft. Die gesamte ausnutzbare Kraft beträgt 9,2 Mill. kW; die Kapazität der Werke betrug Ende 1938 etwa 1,35 Mill. kW. Von der 1938 erzeugten Menge von 9 638 Mill. kWh

Bergbau und Industrie ¹⁾ im Jahre 1937 Wirtschaftszweige	Zahl der Ar- beiter ²⁾	Gehalt u. Lohn	Grund- stücke u. Investiti- ons-güter ³⁾	Netto- Produktions- wert	Brutto-
	1000	Mill. Kr.			
Gaswerke	0,6	3,7	18	6	9
Erzförderung	5,8	20,5	117	37	45
Erd- und Steinindustrie	7,8	24,2	72	41	56
Metallgewinnung	5,7	25,2	140	65	172
Eisen- und Metallindustrie	36,6	136,7	298	212	390
Chemische u. elektrochem. Ind.	4,3	21,4	235	68	114
Holzindustrie	12,6	33,2	76	54	142
Holzveredelungsindustrie	16,2	62,7	377	121	310
Öl- und Fettindustrie	2,7	11,1	56	26	111
Leder- u. Gummiwarenindustrie	3,3	10,5	29	21	46
Textilindustrie	13,7	33,0	128	57	148
Bekleidungsindustrie	12,9	31,7	38	53	108
Buchdruckereien u. -bindereien	5,8	24,0	74	38	55
Nahrungs- u. Genußmittelind.	16,2	49,5	245	217	422
Insgesamt	144	487	1 903	1 016	2 128

¹⁾ Betriebe mit 5 und mehr Beschäftigten; ohne Bauwirtschaft. — ²⁾ Jahresdurchschnitt. — ³⁾ Brandversicherungswert für Gebäude und Maschinen und der für nichtversichertes festes Eigentum angenommene Wert.

entfielen nahezu 50 vH auf mit der elektrochemischen und elektrometallurgischen Industrie verbundene Werke.

Von den Spezialindustrien hat die Holzveredelungsindustrie mit ungefähr 24 vH für 1937 und 22 vH für 1938 den höchsten wertmäßigen Anteil an der Ausfuhr. An Holzschliff wurden 1937 1,1 Mill. t (naß berechnet), an Zellulose 0,55 Mill. t (trocken berechnet) hergestellt; 55 vH des Holzschliffs und 65 vH der Zellulose wurden ausgeführt. Die Produktion von Papier und Pappe betrug 0,46 Mill. t, von denen 0,35 Mill. t ausgeführt wurden. Der Holzbedarf der Veredelungsindustrie zwingt zur Holzeinfuhr. 1936 wurden etwa 186 000 t, 1937 etwa 473 000 t und 1938 etwa 141 000 t an Stämmen, Balken und Brettern eingeführt; diesen standen Ausfuhren von 148 000 t, 173 000 und 143 000 t gegenüber.

Elektrochemische Industrie	Erzeugung	Ausfuhr	
	1937	1937	1938
		1000 t	
Kalk- und Norgespäpeter	319,0	354,0	404,0
Natriumnitrat	29,0	38,0	12,6
Ammoniumnitrat	7,6	8,1	2,0
Konzentrierte Salpetersäure	9,6	7,9	7,6
Kalziumkarbid	39,5	38,6	44,8
Cyanamid	37,0	34,2	40,0

Die älteste Exportindustrie des Landes ist der Erzbergbau. Der größte Teil der gewonnenen Erze wird ausgeführt, obgleich eine für norwegische Verhältnisse bedeutende eigene metall-erzeugende Industrie besteht.

Die Förderung an Erzen betrug:

	1937	1938
Metallinhalt der geförderten Erze in 1000 t		
Eisen	718	1 030
Kupfer	20	21
Zink	8,8	8
Nickel	0,9	1,1
Molybdän	0,344	0,450
Schwefel (in Schwefelkies)	463	445

Die elektrometallurgische Industrie führt ihren gesamten Bedarf an Zinkerz und Bauxit, den größten Teil der Nickelerze in Form von Konzentraten und etwa ein Drittel der Ausgangsstoffe für Kupfer ein, ferner noch Chrom und Mangan für die Herstellung von Ferrolegierungen.

Wichtige Erzeugnisse der elektrometallurgischen Industrie	Erzeugung		Ausfuhr	
	1937	1938	1937	1938
			1000 t	
Ferrolegierungen	145	136	147	101
Zink	41	47	37	44
Elektroisen	36	38	31	30
Aluminium	23	29	21,6	28,6
Kupfer	8,3	10,5	6,4	8,7
Nickel	6,7	8,5	6,9	7,4

Zu den Spezialindustrien gehören auch zahlreiche Betriebe, die die Fangergebnisse der Fischerei verarbeiten. Hergestellt werden hauptsächlich Heringsöl, Fischmehl, Fischkonserven und Medizinaltran. Auch hiervon wird der größte Teil ausgeführt.

Unter den Binnenmarktindustrien steht die Eisen- und Metallindustrie an erster Stelle. Ihr Anteil am Nettoproduktionswert der gesamten Industrie beträgt 21 vH. Maschinenfabriken, Gießereien und Eisenwarenfabriken und der Schiffbau bilden die Hauptgruppen. In 795 Betrieben werden 36 600 Arbeiter beschäftigt. Der größte Betrieb, eine Schiffswerft, hat etwa 800 Arbeiter. Die Erzeugung deckt den Inlandsbedarf nicht, der Einfuhrüberschuß an Erzeugnissen dieser Industrie betrug 1938 333 Mill. Kr.

Auch die Textil- und Bekleidungsindustrien können den Bedarf des Landes nicht decken. Die Einfuhr an Textilfertigwaren betrug 1938 allein 105 Mill. Kr.

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, ohne die zu den Spezialindustrien zählende Konservenindustrie, stehen mit einem Nettoproduktionswert von 200 Mill. Kr. ungefähr auf der gleichen Stufe wie die Eisen- und Metallindustrie. Für die Beschäftigung der Bevölkerung ist sie mit nur 38,8 Mill. Kr. Löhnen und Gehältern nicht so wichtig. Den Hauptteil bilden Mühlen, Margarinefabriken, Brauereien, Schokoladen- und Tabakfabriken. Nur die Margarineindustrie hat eine Ausfuhr von einiger Bedeutung.

Die Kohlenförderung auf Spitzbergen wird von norwegischen und russischen Gesellschaften betrieben. Norwegen nahm 1938 rund 270 000 t auf, bei einer Gesamtkohleneinfuhr von 2,27 Mill. t.

Kohlenwirtschaft auf Spitzbergen	Beschäftigte ¹⁾	Förderung	Ausfuhr	
			insgesamt	aus norw. Gruben
			1000 t	
1934	2 235	533	454	305
1937	2 507	766	745	291
1938	2 333	627	606	287

¹⁾ Jahresdurchschnitt.

Die Lagerstätten sind bedeutend, sie würden bei entsprechendem Ausbau den Einfuhrbedarf Norwegens ohne weiteres decken können.

Zahlungsbilanz und Außenhandel

Zahlungsbilanz	1928	1933	1938
		Mill. Kr.	
Warenhandel	- 337	- 104	- 401
Walöl ¹⁾	+ 45	+ 28	+ 28
Schiffahrt ²⁾	+ 185	+ 187	+ 420
Zinsen und Dividenden	- 70	- 83	- 60
Gütertransit-Einnahmen	+ 20	+ 13	+ 18
Fremdenverkehrseinnahmen	+ 25	+ 30	+ 78
Verschiedenes	+ 12	+ 9	+ 15
Leistungsbilanz	- 120	+ 80	+ 98
Kapitalbewegung			
langfristig	+ 172	- 43	- 59
kurzfristig ³⁾	- 47	- 40	- 50
Saldo der Kapitalbewegung	+ 125	- 83	- 109
Ungeklärter Rest ⁴⁾	+ 5	- 3	- 11

¹⁾ Direkter Verkauf von den Fangplätzen aus, nach Abzug der Auslandsausgaben. — ²⁾ Nettofrachteinnahmen. — ³⁾ Mit Goldbewegung. — ⁴⁾ Als Saldo errechnet.

Die Leistungsbilanz ist seit 1932 leicht aktiv. Der Fehlbetrag im Warenhandel wurde durch die Nettoschiffahrtseinnahmen ausgeglichen. In der Kapitalbilanz sind die Bewegungen der öffentlichen Schulden die Hauptposten. Die Amortisationsbeträge der Staatsanleihen wurden durch Neuaufnahme (größtenteils in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Schweden) annähernd

Außenhandel	Einfuhr			Ausfuhr		
	1933	1937	1938	1933	1937	1938
				Mill. Kr.		
Wert insgesamt	665	1 293	1 193	558	823	787
davon				vH		
Großbritannien	22,8	24,6	23,1	20,4	25,1	24,7
Deutschland	21,0	16,5	17,3	12,5	13,1	15,4
Schweden	8,5	11,2	12,0	6,8	8,0	8,8
Ver. St. v. Amerika	6,9	9,3	10,8	10,8	9,8	7,7
Dänemark	4,8	6,1	5,3	4,3	3,6	4,3
Frankreich	3,1	3,8	3,3	5,8	6,3	6,6
Niederlande	4,3	3,2	4,6	4,5	3,4	2,8
Belgien	3,2	4,0	3,2	3,5	4,1	3,3

wieder ausgeglichen. Die Goldbewegungen waren gering, sie dienten dem Ausgleich kleiner Spitzenbeträge. Die Passivität der Handelsbilanz entstand vor allem im Handelsverkehr mit Deutschland, Schweden, Großbritannien und seit 1937 in größerem Maße auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die norwegische Wirtschaft ist von der englischen Blockade schwer getroffen worden. Die Erträge der Schifffahrt werden zunächst im wesentlichen ausfallen, der Handel mit überseeischen

Ländern mußte eingestellt werden. Die Folge war eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Deutschlands Markt ist für eine Anzahl norwegischer Erzeugnisse aufnahmefähig, als Gegenleistung können industrielle und landwirtschaftliche Rohstoffe geliefert werden. Die Vergrößerung der Produktionsausstattungen der für die Ausfuhr nach Deutschland wichtigen Wirtschaftszweige mit deutscher Hilfe wird auch das Arbeitslosenproblem lösen.

PREISE UND LÖHNE

Die Preise im Mai 1940

Von April bis Mai hat sich der allgemeine Preisstand im Deutschen Reich um 0,7 vH gehoben. Sowohl die Großhandelspreise als auch die Einzelhandelspreise einiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel (vor allem Gemüse, Kartoffeln, daneben Brotgetreide, Futtermittel) haben sich der jahreszeitlichen Staffellung entsprechend geändert. Auch die Preise für die Textilrohstoffe und für Bekleidung haben im Mai weiter leicht angezogen. Die Gesamtindexziffer der Preise stellte sich im Mai auf 119,7 gegenüber 119,1 im Vormonat und 115,9 im Mai 1939.

Durch Verordnung vom 6. Juni 1940 (RGBl. I S. 848) ist in den dem Reich angegliederten Gebieten Eupen, Malmédy und Moersnet die Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel neben dem Belga eingeführt worden. Der Umrechnungskurs ist 50 Reichspfennig für einen Belga. Mit dem 30. Juni 1940 hört der Belga auf, in diesen Gebieten gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Nach der Verordnung über die Preisbildung in den Gebieten von Eupen, Malmédy und Moersnet vom 12. Juni 1940 (RGBl. I, S. 870) ist das Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung — vom 29. Oktober 1936 in diesen Gebieten sinngemäß anzuwenden. In diesen neuen Gebieten gelten damit vom 13. Juni 1940 ab die Grundsätze des deutschen Preisrechts.

Die Großhandelspreise

Indexziffern der Großhandelspreise	1913 = 100 Monatsdurchschnitt			Veränderung in vH Mai 1940 gegen	
	Mai 1939	April 1940	Mai 1940	Mai 1939	April 1940
Indexgruppen	1939	1940	1939	1940	
I. Agrarstoffe	107,8	111,2	111,7	+ 3,6	+ 0,4
II. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	94,2	98,2	98,4	+ 4,5	+ 0,2
III. Industrielle Fertigwaren	125,8	127,7	127,9	+ 1,7	+ 0,2
davon Produktionsmittel	112,9	112,9	112,9	0,0	0,0
Konsumgüter	135,5	138,9	139,3	+ 2,8	+ 0,3
Gesamtindex	106,5	109,6	109,9	+ 3,2	+ 0,3

Im Monatsdurchschnitt Mai 1940 erhöhte sich die Indexziffer der Großhandelspreise gegenüber April um 0,3 vH. Im einzelnen lagen unter den Agrarstoffen die Preise für Brotgetreide, Weizen-

Preisindexziffern¹⁾ der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse für den Monat Mai 1940 (Mai 1910—1914 = 100)

Erzeugnisse	1938	1939	1940	Erzeugnisse	1938	1939	1940
	Mai				Mai		
Roggen	111	117	117	Schweine	101	103	105
Weizen	99	103	103	Schafe	104	104	107
Braugerste	—	—	—	Schlachtvieh zus. . .	97	100	102
Hafer	102	105	105	Butter	113	117	133
Getreide zusammen	105	109	109	Eier	173	143	178
Speisekartoffeln . .	122	122	120	Vieherzeugnisse zus.	119	119	137
Pflanzliche Erzeug- nisse zusammen..	110	113	112	Schlachtvieh und Vieherzeugn. zus.	105	106	113
Rinder	90	95	95	Landwirtschaftliche			
Kälber	97	98	97	Erzeugn. insges. . .	106	107	113

¹⁾ Die Preisindexziffern der einzelnen Erzeugnisse sind nach den jahreszeitlich schwankenden Verkaufsmengen monatlich verschieden gewogen (Berechnungsmethode s. »W. u. St.«, 12. Jg. 1932, Nr. 21, S. 668).

mehl, Speisekartoffeln, Futtergetreide, ausländischen Mais, Kartoffelflocken, Trockenschnitzel und Futterhülsenfrüchte den gesetzlich geregelten monatlichen Aufschlägen entsprechend höher als im Vormonat; auch die Preise für Rinder und Schweine zogen gemäß der jahreszeitlichen Staffellung teilweise etwas an. Unter den industriellen Rohstoffen und Halbwaren sind die Preise für einige ausländische Textilien weiter gestiegen. Auch die Preise für Holzstoff und Dachpappe und z. T. für Leder haben angezogen. Die Preise für Kalidünger wurden der Jahreszeit entsprechend ermäßigt. Unter den industriellen Fertigwaren haben sich vereinzelt die Preise für Textilerzeugnisse erhöht.

Indexziffern der Preise für künstliche Düngemittel	Mai			April 1940
	1938	1939	1940	
	1913 = 100			
Kali	67,1	¹⁾ 63,8	63,9	70,3
Phosphor	86,7	87,5	87,5	87,7
Stickstoff	41,8	41,8	41,8	41,8
Künstl. Düngemittel insgesamt	54,6	54,2	54,2	55,3

¹⁾ 2. Monathälfte; 1. Monathälfte 74,0.

Die nach den Angaben von 15 Großstädten berechnete Indexziffer der Baukosten hat sich vom April zum Mai um 0,1 vH ermäßigt. Den von einigen Städten gemeldeten Preiserhöhungen für einzelne Baustoffe (Mauersteine) stand eine allgemeine Senkung der Kreditkosten und eine teilweise Senkung der Kosten für die Unfallversicherung gegenüber.

Indexziffern der Baukosten ¹⁾ (1928/30 = 100)	1939			Indexziffern der Baukosten ¹⁾ (1928/30 = 100)	1939		
	Mai	April	Mai		Mai	April	Mai
Berlin	80,4	83,9	83,8	Gruppenindex- ziffern			
Bremen	80,2	81,9	81,7				
Breslau	80,0	80,6	80,8				
Essen	80,0	80,0	79,8				
Frankfurt (Main) ..	81,2	81,3	81,1	Steine und Erden	76,0	77,5	78,0
Hamburg	77,3	78,1	77,9	Schnittholz	94,1	95,1	95,1
Hannover	78,5	78,6	78,5	Bauseisen	88,0	88,0	88,0
Karlsruhe	73,7	74,7	74,7	Baustoffe zus.	82,1	83,7	84,0
Köln	85,7	86,3	86,1	Löhne ²⁾	72,2	72,2	72,2
Königsberg (Fr) ..	80,5 ³⁾	80,6	80,5	Preise für fertige Arbeiten d. Baue- nengewerbe	83,2	84,5	84,5
Leipzig	75,2	76,8	76,6	Gesamtindex			
Magdeburg	81,1	82,2	82,0	1928/30 = 100...	78,9	80,0	79,9
München	77,2	77,5	77,5	1913 = 100	137,9	139,8	139,6
Nürnberg	78,8	83,1	83,8				
Stuttgart	74,6	74,8	74,7				

¹⁾ Berechnungsmethode s. »W. u. St.«, 13. Jg. 1933, Nr. 14, S. 422—427 und »W. u. St.«, Sonderbeilage, 14. Jg. 1934, Nr. 6, S. 4. — ²⁾ Tariflöhne für die in der Indexziffer berücksichtigten Bauarbeiter (Rohbau) nach ihrem Anteil an den Kosten des Wohnhausbaus. — ³⁾ Gilt auch für März 1940.

Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten

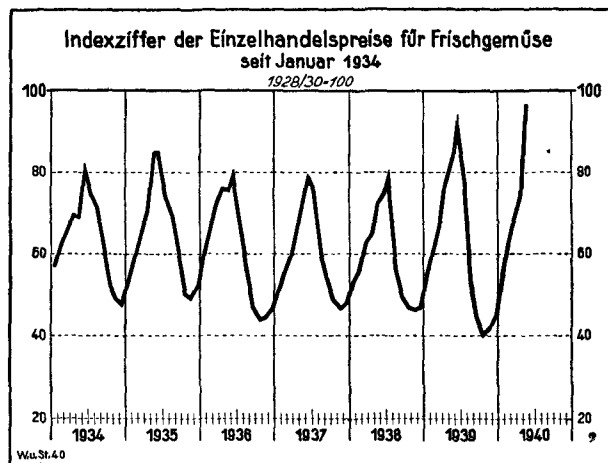
Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich für den Durchschnitt des Monats Mai 1940 auf 130,4 (1913/14 = 100). Sie ist — hauptsächlich infolge einer jahreszeitlich bedingten Erhöhung der Ernährungskosten — gegenüber dem Vormonat um 0,8 vH gestiegen.

Unter den Nahrungsmitteln zogen die Preise für Kartoffeln und Gemüse der Jahreszeit entsprechend weiter an. Im

Durchschnitt der 72 Berichtsorte für die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten lagen die Kartoffelpreise im Mai um 2,0 vH höher als im April. Die Erhöhung war größer als vom März zum April (+ 0,8 vH), weil Anfang Mai wieder eine neue jahreszeitliche Staffel der Höchstpreise in Kraft trat. Die Preise für Gemüse erhöhten sich unter Berücksichtigung der drei meistgekauften Sorten in jeder Gemeinde vom April zum Mai durchschnittlich um 26,2 vH. Dies beruht hauptsächlich auf der Einbeziehung der Preise für Spinat, außerdem auf dem Anziehen der Preise für die auch im April berücksichtigten Gemüsesorten. Gegenüber dem

Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100)	Gesamtlebenshaltung ¹⁾	Ernährung	Wohnung ²⁾	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Verschiedenes ³⁾	Lebenshaltung ohne Wohnung
Monatsdurchschnitt							
1939 Mai	126,1	122,6	121,2	124,1	133,0	141,9	127,1
1940 März	128,6	126,1	121,2	125,4	136,5	143,4	130,1
April	129,4	127,3	121,2	125,0	137,2	143,8	131,0
Mai	130,4	128,9	121,2	124,2	138,0	144,6	132,2
Mai 1940 gegen April 1940	+ 0,8	+ 1,3	0,0	- 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,9
Mai 1939	+ 3,4	+ 5,1	0,0	+ 0,1	+ 3,8	+ 1,9	+ 4,0
1938	+ 3,6	+ 5,0	0,0	+ 0,1	+ 6,2	+ 1,5	+ 4,3
1937	+ 4,2	+ 5,3	- 0,1	- 0,3	+ 10,3	+ 1,8	+ 5,1

¹⁾ Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Verschiedenes.
²⁾ Altbauwohnung mit gesetzlich geregelter Miete. — ³⁾ Reinigung, Körperpflege, Bildung, Unterhaltung, Einrichtung, Verkehr.



Mai 1939 ergibt sich bei im ganzen gleicher Zusammensetzung der Gemüsemenge eine Erhöhung des Durchschnittspreises um 16,3 vH. Dies beruht darauf, daß die Spinatpreise im Vergleich zum Mai vorigen Jahres höher liegen. Bei den übrigen in der Reichsindexziffer berücksichtigten Nahrungsmitteln waren im allgemeinen

Großhandelspreise im Mai 1940 in R.M.

Allgemeine Anmerkungen, vergleichbare Preise für 1913 sowie weitere Sortenbezeichnungen und Handelsbedingungen s. Jahrg. 1940, Nr. 3/4, S. 53.

Ware und Ort	Menge	Monatsdurchschnitt	Preis (1913 = 100)	Ware und Ort	Menge	Monatsdurchschnitt	Preis (1913 = 100)	Ware und Ort	Menge	Monatsdurchschnitt	Preis (1913 = 100)
1. Lebens-, Futter- und Genußmittel				Noch: Lebens-, Futter- und Genußmittel				Noch: Industriestoffe			
Roggen, Berlin	1 t	201,00	124	Schmalz, deutsches Braten, Hbg.	100 kg	190,00	—	Wolle, dtsc. A., loco Lagerort	1 kg	6,70	155
„ Breslau	„	193,00	121	Speck, fetter, Berlin	„	189,00	106	Flachs, dtsc. Schwing, ab Fabrik	100 kg	„	„
„ Mannheim	„	209,00	122	Eier, nat., vollr., 35 bis 60 g, Bm.	100 St.	10,50	149	Leinengarn, Berlin	1 kg	4,83	196
Weizen, Berlin ¹⁾	„	218,00	112	„ frische, 35 bis 60 g, Bm.	„	10,25	150	Kunstseide, Krefeld	„	4,25	34
„ Breslau ¹⁾	„	210,00	109	Margarine, Tafel, dtsc. Reich	50 kg	87,00	—	Zellwolle, Berlin	„	1,45	„
„ Köln ¹⁾	„	224,00	110	2. Industriestoffe				Ochsen- u. Kuhhäute, Berlin	1/2 kg	0,30	„
Gerste, Futter-, f. Br.-Pr. ab	„	179,00	—	Fettförderkohle, rh.-westf.	1 t	14,50	118	Rindshäute, Stuttgart	„	0,53	„
Hafer, Futter-, f. Br.-Stat. Bm.	„	180,00	—	„ rh.-westf., Hbg.	„	18,80	110	Rohhäute, Leipzig	1 St.	9,75	46
Roggenmehl, type 997, Berlin	100 kg	22,95	110	Gasstückkohle I, rh.-westf.	„	18,00	124	Kalbfelle, Berlin	1/2 kg	0,41	„
Weizenmehl, type 812, Berlin	„	30,95	115	„ oberschl.	„	15,50	108	„ München	„	„	„
Roggenkleie, Berlin	„	10,45	95	Flammstück, niedersch.	„	20,74	116	Rindbox, schwarz, Mitteldtsch.	100 qdm	„	„
Kartoffeln, gelbf., Berlin	50 kg	3,00	—	Steinkohlenbriketts, ED-eiform., rh.-westf.	„	17,80	119	Boxcalf, farbig, Frankfurt a. M.	„	11,25	89
„ weißf., rutsch., Berlin	„	2,70	127	Hochofenkoks, rh.-westf.	„	19,00	100	Chevreau, farbig, Worms	„	15,75	„
„ weißsch., Bresl.	„	2,70	149	Brechekoks I, rh.-westf.	„	21,00	97	Treibriemenleder, Berlin	1 kg	4,10	89
„ Fabr., Breslau	1/2 kgSt.	0,105	89	Braunkohlen- f. mitteldtsche briketts	„	13,40	141	Ammoniak, fr. Empf.-Stat.	100 kg N	48,00	36
Kartoffelstärkemehl, Berlin	100 kg	31,40	124	„ kern., mittelst.	„	12,80	129	Thomasphosphat, ohne	„	„	„
Hopfen, Hallertau	1/2 t	460,00	142	Spateisenstein, ab Grube	„	16,00	85	Sack, Frachtl. Aachen	100kg P ₂ O ₅	19,19 ¹⁴⁾	86
„ Saazer	„	„	„	Schrott, Stahl- f. Rheinkl.	„	42,00	70	Superphosphat, fr. Empf.-Stat.	„	31,44	90
Bier, Bayern	1 hl	36,00	200	„ Kern- f. Westf.	„	40,00	71	Kalidüngesalz, fr. Empf.-Stat.	100kg Ware	4,96	„
Zucker, Magdeburg	50 kg	20,96	178	„ Kern-, mittl. Gebiet	„	27,25	57	Benzin	100 l	34,00	„
„ Hamburg	„	5,15	—	Maschinengußbruch, Berlin	„	48,00	—	Dieselloststoff f. dtsc. Reich	100 kg	29,40	„
Erbesen, Berlin	100 kg	49,00	—	Eisen, Gieß-, III, Bas. Oberhaus.	„	63,00	85	Maschinenöl f. Lager	„	28,65	110
Hou, Berlin	„	5,20	109	„ IV B, ab Asph.	„	55,00	87	Maschinenfett f. Hamburg	„	37,50	107
Trockenschnittzel, Berlin	„	9,30	109	Knüttel, Basis Dortmund, Rohrort	„	96,45	96	Kartoffelspiritus, fr. Empf.-Stat.	1 hl	46,00	98
Ochsen, Berlin	50 kg	43,50	84	„ und Neunkirchen	„	110,00	101	Sulfitzellstoff, fr. Empf.-Stat.	100 kg	23,75	119
„ München	„	43,50	81	Stabeisen, Bas. Oberhausen	„	104,00	103	Zeitungsdruckp., fr. Empf.-Stat.	„	22,70	108
Kühe, Berlin	„	41,50	91	„ Bas. Neunkirchen	„	107,50	95	Packpapier, Berlin	„	35,00	130
„ Breslau	„	40,80	97	Formeisen, Bas. Oberhaus.	„	101,50	—	Pappe, ab Fabrik	„	18,20	114
Schweine, 80-100 kg, Berlin	„	49,10	86	„ Bas. Neunkirchen	„	129,10	107	Mauerziegel, Berlin	1000 St.	30,75	176
„ 100-120 kg, Berlin	„	52,10	89	Kesselbleche f. Bas. Essen	„	130,90	103	Dachziegel, Berlin	„	48,00	139
„ 80-100 kg, Frankf. a. M.	„	51,70	84	Mittelbleche f. od. Dilling.	„	144,00	109	Kalk, Berlin	10 t	215,30	127
Kälber, b, c, d, Berlin	„	47,70	91	Feinbleche, Basis Siegen	„	36,50	93	Zement, Berlin	„	318,00	103
„ b, c, München	„	50,60	81	Weißblech, Grundpreis ab Werk	101 kg	74,00	51	„ Breslau	„	308,00	104
Hammel, b, Berlin	„	48,40	104	Kupfer, Elektrolyt, Dt. Reich	100 kg	22,00	56	„ Leipzig	„	356,00	103
Lämmer, Hammel, Schafe, e u. e, Berlin	„	41,50	99	Blei	„	21,10	47	„ München	„	384,00	104
Rindfleisch, Berlin	„	80,00	97	Zinn	„	310,00	74	„ Essen	„	348,00	112
Schweinefleisch, Berlin	„	72,00	103	Aluminium	1 kg	133,00	78	Röhren, schmiedeeis., ab Werk	100 m	77,76	108
Schellfische, Wesermünde	1 kg	0,30	97	Silber	1 g	38,50	47	„ gußeis., fr. Berlin	1 St.	4,52	„
Kabelfisch, Wesermünde	„	0,26	217	Gold	1 g	2,84	101	Kantholz, Berlin	1 cbm	„	„
Milch, Trink-, unearb., bei 3,4 u. 3,2%	100 l	19,06	125	Platin	1 g	3,20	—	Fichten, Tannenbretter III	„	52,50	167
„ Fettgeh., frei Empf.-Bahnhof Berlin	„	305,00	122	Kupferbleche, Berlin	100 kg	104,00	59	Unsort. Bretter	„	1,17	69
Butter, dtsc., feine Melkerrei, Bm.	100 kg	193,50	—	Zinkblech, Berlin	„	34,10	63	Fensterglas, ab Werk	1 qm	34,00	145
Käse, Emmentaler, 1. Sorte, Dt. Reich	„	112,00	117	Aluminiumbleche, Berlin	„	190,00	87	Dachpappe	100 qm	71,65	116
Speisefalg, Berlin	„	183,04	144	Messingbleche, Berlin	„	110,00	81	Leinölfirnis, Berlin	100 kg	3,35	99
Schmalz, Braten, Berlin	„	„	„	Messingschraubenspäne, Bm.	„	43,00	55	Linoleum, Dtsc. Reich	1 qm	5,25	117
„ in Blech, b. Abgabe a. d. Einzelhandel	„	„	„	„	„	„	„	Schwefelsäure f. mittl.	100 kg	1,45	73

¹⁾ Die von den Mühlen zu zahlende Weizenvermahlungsabgabe ist in den angegebenen Preisen nicht enthalten. — ²⁾ Ab 20. Mai 1940 netto, ohne Sack. — ³⁾ April 1940. — ⁴⁾ Auf die vom Milchzeuger angelieferte Milch wird eine Reichsstützung von 1,88 R.M. je 100 l gewährt, die in dem angegebenen Preis enthalten ist. — ⁵⁾ Für Industriestoffe; für Bunkerzwecke der Seeschifffahrt 16,85 R.M. — ⁶⁾ Der entsprechende Preis lautete vom 18. März 1936 bis April 1940 17,00 R.M. (Meßziffer 114). Vergleichbarer Preis 1913 = 14,95 R.M. — ⁷⁾ Für Industriestoffe 12,60 R.M. — ⁸⁾ Für Industriestoffe 11,70 R.M. — ⁹⁾ Preis für Weißblech zur Herstellung von Obst- und Gemüsekonservendosen, frei Abnehmerstation 36,70 R.M. — ¹⁰⁾ Zuteilungsgeld; ab September 1934 wird ein Sonderzuschlag von 13,5 R.M. je g in Rechnung gestellt, der in dem angegebenen Preis nicht enthalten ist. — ¹¹⁾ Amtlicher Übernahmepreis. — ¹²⁾ Bei Abgabe an die Landwirtschaft 19,10 R.M. — ¹³⁾ Es werden Frachvergütungen bis zu dem für 5-t-Ladungen geltenden Frachtsatz gewährt. — ¹⁴⁾ In »Wirtschaft und Statistik«, Jahrg. 1940, Nr. 9, S. 136 sind die Zahlen 23,75 und 119 zu streichen. — ¹⁵⁾ Bis 18. Mai 9–10,3 vH, ab 19. Mai 9–10 vH Stammwürzegehalt.

keine oder nur geringfügige Preisschwankungen zu beobachten. Lediglich die Preise für Käse erhöhten sich noch in Auswirkung der im März vorgenommenen Heraufsetzung der Erzeugerpreise vom April zum Mai durchschnittlich um 1,9 vH (Halbfettkäse) und 1,6 vH (Fettkäse). Gegenüber Februar beträgt nunmehr die Gesamterhöhung 9,9 vH für Halbfettkäse und 6,2 vH für Fettkäse.

Die Erhöhung des Margarinepreises um 11,9 vH gegenüber April hat einen formalen Grund; in Wirklichkeit ist der Margarinepreis gleichgeblieben. Die Erhöhung hängt mit einer Änderung der Berechnungsmethode hinsichtlich der Berücksichtigung der einem Teil der Bevölkerung gewährten Verbilligung von Speisefetten zusammen. Die Verbilligung wurde bisher, soweit sie für die Indexberechnung überhaupt in Frage kommt, durch einen Abzug vom Margarinepreis berücksichtigt. Nachdem die Verbilligungsscheine beim Einkauf von Speisefetten aller Art, sowie von Käse, Wurst, Seefisch und Fischräucherwaren gelten, wird die Margarine, wie die übrigen Nahrungsmittel, mit ihrem vollen Preis in die Berechnung eingesetzt und stattdessen ein dem Wert der Verbilligung entsprechender Abzug vom Gesamtbetrag für die Ernährungskosten gemacht.

Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung setzte ihre im April begonnene jahreszeitlich übliche Abwärtsbewegung im Mai um 0,6 vH fort. Dies beruht auf einer Gewährung von Sommerpreisabschlägen für Hausbrandkohle, deren Preis sich im Durchschnitt um 1,4 vH niedriger als im Vormonat stellte. Die Preise für Gas und Strom blieben in den berücksichtigten Gemeinden im Mai unverändert. In der Gruppe Bekleidung wurden vereinzelt Preiserhöhungen hauptsächlich für Oberkleidung und Schuhwerk gemeldet; die Indexziffer der Gruppe zog um 0,6 vH an. In der Indexziffer für »Verschiedenes« (+ 0,6 vH) wirkten sich Preiserhöhungen für Kernseife und Einrichtungsgegenstände aus.

Marktordnung und Preisregelungen.

Streichmettwurst. Durch Anordnung vom 14. Mai 1940 (Reichsanz. Nr. 114) hat der Reichskommissar für die Preisbildung einen Höchstpreis für frische Streichmettwurst nach Braunschweiger Art mit Wirkung vom 27. Mai 1940 festgesetzt. Hiernach wird für diese Wurst bei Abgabe an den Verbraucher im

Stück und im Aufschnitt ein Höchstpreis von 1,60 RM je 1/2 kg festgesetzt. Dem Kleinhandel ist auf den Verbraucherpreis ein Nachlaß von mindestens 15 vH zu gewähren. Soweit Preise für frische Streichmettwurst am 17. Oktober 1936 niedriger waren, als sie nach dieser Anordnung zugelassen sind, dürfen sie nicht erhöht werden.

Diese Anordnung ist erlassen worden, weil neue Sorten von Streichmettwurst zu den Preisen von Rohwurstsorten, deren Herstellung verboten ist, in den Verkehr gebracht worden sind.

Bier. Nach einer Anordnung des Reichskommissars für die Preisbildung vom 24. Mai 1940 sind ab 19. Mai 1940 die Preise für Lagerbier (auch Malzbier) und Spezialbier mit einem Stammwürzgehalt von 5,7 bis 6,3%, um 4 RM je hl gegenüber den bisherigen Preisen zu senken. Die Brauereien dürfen Spezialbier höchstens in dem gleichen Verhältnis zu ihrem Gesamtausstoß in den Verkehr bringen, in dem sie Spezialbier im Rechnungsjahr 1938/39 ausgestoßen haben. Im Reichsgau Sudetenland wird der Preis für Schankbier um 2 RM je hl gesenkt, für Lagerbier und Spezialbier gilt dort dieselbe Preissenkung wie im übrigen Reich. Biergroßverleiher, Bierkleinverleiher und Gaststätten sind verpflichtet, die Senkungsbeträge in voller Höhe weiterzugeben.

Margarine. Mit Wirkung vom 3. Juni 1940 hat der Reichskommissar für die Preisbildung durch eine Anordnung vom 24. Mai 1940 (Reichsanz. Nr. 122) für Tafelmargarine einen Festpreis frei Station des Empfängers von 165 RM je 100 kg bei Abgabe vom Erzeuger an den Großhandel und die Großfilialbetriebe festgesetzt. Für den Einzelhandel gilt der bereits in der Verordnung zur Änderung der Margarinebewirtschaftung vom 14. September 1939 (vgl. W. u. St. 1939 Nr. 19/20) für die Abnahme unmittelbar vom Erzeuger festgesetzte Einstandspreis von 174 RM je 100 kg nunmehr auch bei der Abnahme vom Großhändler. Der Verbraucherpreis ist unverändert geblieben und beträgt 1,96 RM je kg.

Branntwein. Durch Bekanntmachung vom 28. Mai 1940 (Reichsanz. Nr. 124) ist mit Wirkung vom 1. Juni 1940 der allgemeine ermäßigte Verkaufspreis für vergällten Branntwein auf 50 RM je hl Weingeist festgesetzt worden. Der Preis betrug bisher 45 RM für Brennspritus und 40 RM für mit Holzgeist vergällten Branntwein. Der für die Ostmark geltende allgemeine ermäßigte Verkaufspreis für vergällten Branntwein (65 RM und 63 RM) bleibt unverändert. Unverändert bleibt auch der bisherige Kleinhandelspreis für Brennspritus in Flaschen und Kannen und der allgemein ermäßigte Verkaufspreis für vergällten Branntwein bei losem Vertrieb.

FINANZEN UND GELDWESSEN

Die Schuldenbewegung bei den deutschen Ländern

von Oktober bis Dezember 1939

Eine Neuerscheinung der heutigen Kriegswirtschaft im Deutschen Reich ist in der Tatsache zu erblicken, daß der inländische Kredit- und Kapitalmarkt für die Bedürfnisse der Wirtschaft mit einer ausgesprochenen Ergiebigkeit zur Verfügung steht. Dies gilt in gleicher Weise für den Bereich der Privatwirtschaft wie für den der öffentlichen Wirtschaft. Die Anleiheauflegungen und die Kapitalerhöhungen der Privatwirtschaft erreichten daher in den Monaten seit Kriegsbeginn eine nicht von vornherein zu erwartende Höhe. Im Bereich der öffentlichen Wirtschaft war die Auflegung der 500-Mill.-RM-Anleihe, die die Reichsbahn für die Durchführung ihres Ausbau- und Materialergänzungsprogramms benötigte und im November 1939 in kürzester Frist unterbringen konnte, der am meisten beachtete Vorgang dieser Art.

Auch bei einzelnen deutschen Ländern machte sich im Herbst 1939 ein Investitionsbedarf auf versorgungs- und ernährungswirtschaftlich wichtigen Gebieten geltend, dem der Kreditmarkt im vollen Umfang zu entsprechen vermochte. Infolge dieses wirtschaftlichen Einsatzes bestimmter Länder ergab sich im dritten Viertel des Rechnungsjahres 1939 eine Zunahme der Länderschulden um 41,1 Mill. RM oder 1,4 vH auf 2 353,7 Mill. RM. Dabei standen 54,7 Mill. RM Tilgungen 95,7 Mill. RM Schuldneuaufnahmen gegenüber (Vorvierteljahr 95,5 Mill. RM Tilgungen und 60,7 Mill. RM Schuldauflagen).

Die langfristigen Tilgungsanleihen (sonstige langfristige Schulden) hatten einen Reinzugang von 13,7 Mill. RM. Fast ebenso hoch (13,5 Mill. RM) war bei den unverzinslichen Schatzanweisungen der Überschuß der Neubegabungen (42,5 Mill. RM) über die Einlösungen (28,9 Mill. RM), während die sonstigen kurzfristigen Schulden — bedingt durch einen Einzelfall — um 31,7 Mill. RM zunahmen.

Die Schulden der Länder ¹⁾ Insgesamt	Stand am 30. Sept. 1939	Veränderungen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1939			Stand am 31. Dez. 1939
		Schuld- aufnahme	Schulden- rückzahlung)	Rein- abgang (+ Zu- gang)	
		Mill. RM			
I. Altverschuldung ²⁾	24,9	—	1,4	— 1,4	23,5
II. Festverschuldungen	0,2	—	0,0	— 0,0	0,2
III. Neuverschuldung					
1. Auslandsschulden	178,0	—	3,6	— 3,6	174,4
davon					
Schuldverschreibungen ...	163,5	—	3,3	— 3,3	160,2
Sonstige langfr. Anleihen	8,6	—	0,3	— 0,3	8,3
Mittelfristige Schulden ...	0,3	—	—	—	0,3
Kurzfristige Schulden ⁴⁾ ..	5,6	—	0,1	— 0,1	5,5
2. Inlandsschulden	1 884,9	93,9	44,0	+ 49,9	1 934,8
davon					
Schuldverschreibungen ...	541,6	—	4,9	— 4,9	536,7
Sonstige langfr. Anleihen ⁵⁾	586,9	19,0	5,2	+ 13,7	600,6
Hypotheken	9,3	0,0	0,3	— 0,2	9,0
Verzinsl. Schatzanweisung.	239,3	—	0,3	— 0,3	239,0
Sonstige mittelfr. Schulden	73,0	0,2	3,8	— 3,6	69,4
Unverzinsl. Schatzanwei- sungen und -wechsel ...	395,3	42,5	28,9	+ 13,5	408,8
Sonstige kurzfr. Schulden	39,6	32,3	0,6	+ 31,7	71,2
Neuverschuldung zusammen .	2 062,8	93,9	47,6	+ 46,3	2 109,2
Schulden a. Kreditmarktmitt.	2 087,9	93,9	49,0	+ 44,9	2 132,8
IV. Schulden aus öffentl. Mitteln	224,8	1,8	5,7	— 3,9	220,9
Gesamtverschuldung (I bis IV)	2 312,7	95,7	54,7	+ 41,1	2 353,7

¹⁾ Einschließlich Staat und Stadtgemeinde Bremen. — ²⁾ Mit Wertverminderung bei Auslandsschulden durch Kursänderungen. — ³⁾ Ohne Ablösung von Neubaus- und noch streitige Beträge. — ⁴⁾ Unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁵⁾ Einchl. Anteile an Sammelanleihen. — ⁶⁾ Darunter 105,9 Mill. RM, ⁷⁾ 104,9 Mill. RM Schulden an den Umschuldungsverband deutscher Gemeinden.

Ausschlaggebend für das Ergebnis der Schuldenbewegung in der Berichtszeit war die Schuldenvermehrung bei Sachsen und, wenn auch in verhältnismäßig geringerem Umfang, bei Preußen. Von den übrigen Ländern wiesen Mecklenburg und Lippe einen leichten Reinzugang und die restlichen neun Länder Reinabgänge, die sich zwischen 0,3 und 2,0 vH bewegten, nach.

Im einzelnen erhielt Sachsen von der Girozentrale Sachsen als Vorauszahlung auf eine im Februar 1940 zu begebende Anleihe ein kurzfristiges Darlehen von 30,0 Mill. *RM* (Zinssatz $4\frac{1}{2}\%$). Die Anleihe ist für Investitionen in der Elektrizitätsversorgung bestimmt. Abgesehen von einigen kleineren, zum Teil kurzfristigen Schuldaufnahmen (2,6 Mill. *RM*) tilgte das Land insgesamt 3,4 Mill. *RM*, darunter 2,1 Mill. *RM* Inlandsschuldverschreibungen, so daß sich ein Reinzugang von 29,1 Mill. *RM* oder 10,3 vH ergab. Preußen nahm in erster Linie mehrere langfristige Anleihen auf, und zwar zur weiteren Durchführung des Wasser- und Kulturbauprogramms 10,0 Mill. *RM* bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ($4\frac{3}{4}\%$ Zins, Tilgung $1\frac{1}{2}\%$ +) und 4,0 Mill. *RM* bei der Deutschen Hypothekenbank in Weimar (5% Zins, Tilgung $1\frac{1}{2}\%$ +), zu letzteren Bedingungen ferner 3,0 Mill. *RM* bei der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Köln für sonstige Zwecke. Bei den unverzinslichen Schatzanweisungen überstiegen die Neubegabungen (38,2 Mill. *RM*) die Einlösungen um 13,8 Mill. *RM*. An den sonstigen Tilgungen (9,0 Mill. *RM*) waren die Auslandsschuldverschreibungen, die öffentlichen Kredite und die sonstigen mittelfristigen Schulden mit je rd. 2,5 Mill. *RM* beteiligt. Im Endergebnis betrug der Schuldenzugang bei Preußen 21,7 Mill. *RM* oder 2,0 vH. Der Zugang bei Mecklenburg (0,6 Mill. *RM* oder 0,8 vH) entstand hauptsächlich durch die Nachmeldung von Mietzinssteuerschulden für den Land- und Forstarbeiterwohnungsbau.

Unter den Ländern mit einer Reinabnahme der Schulden sind mit einer Verminderung um 1,5 bis 2,0 vH Bayern, Hessen, Anhalt, Württemberg und Thüringen zu nennen. Den Tilgungen standen hier, mit Ausnahme geringfügiger Beträge bei Thüringen

Die Schulden der Länder im einzelnen	31. Dezember 1939				30. Sept. 1939	
	Gesamtverschuldung			davon aus öffentl. Mitteln	Gesamt- verschul- dung	davon aus öffentl. Mitteln
	Mill. <i>RM</i>	vH	<i>RM</i> je Ein- woh- ner ¹⁾			
Preußen	11 130,0	48,01	28,47	68,0	11 108,3	70,6
Bayern	221,6	9,42	28,85	40,7	226,1	41,6
Sachsen	312,1	13,26	60,06	20,4	283,0	20,8
Württemberg	46,3	1,96	17,16	12,9	47,0	13,2
Baden	87,5	3,72	36,28	24,9	88,4	25,4
Thüringen	103,7	4,41	62,49	5,0	105,3	5,3
Hessen	79,6	3,38	55,71	13,6	81,1	13,8
Mecklenburg	74,8	3,18	92,92	12,8	74,2	11,3
Oldenburg	28,3	1,20	57,07	5,0	28,6	5,1
Braunschweig	64,1	2,72	124,86	3,0	64,2	3,1
Anhalt	12,6	0,53	34,45	1,4	12,8	1,4
Lippe	13,5	0,57	76,75	2,2	13,2	2,3
Schaumburg-Lippe Bremen ⁴⁾	—	—	—	—	—	—
	179,7	7,64	483,71	11,0	180,4	11,0
Länder insges.	2 353,7	100,00	37,04	220,9	2 312,7	224,8

¹⁾ Unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 und dem Gebietsstande vom 31. Dezember 1939. — ²⁾ Einschl. 32,0 Mill. *RM*, für die das Reich — im Zusammenhang mit dem Übergang des preußischen landlichen Siedlungsvermögens auf das Reich — die Verzinsung und Tilgung übernommen hat. — ³⁾ Ohne 32,2 Mill. *RM* Goldbriefe der Landesbank für den öffentlichen Schuldendienst. — ⁴⁾ Staat und Stadtgemeinde Bremen.

und Anhalt, keine Schuldaufnahmen gegenüber. An erwähnenswerten Einzelbeträgen zahlte Bayern (insgesamt 4,4 Mill. *RM* oder 2,0 vH) 1,9 Mill. *RM* sonstige langfristige Anleihen und 1,0 Mill. *RM* mittelfristige Darlehen zurück, und Thüringen (insgesamt 1,6 Mill. *RM* oder 1,5 vH) löste 1,1 Mill. *RM* Inlandsschuldverschreibungen ein.

Bremen tilgte 1,7 Mill. *RM*, nahm aber andererseits u. a. ein weiteres langfristiges Darlehen von 1,0 Mill. *RM* für Hafenbauten auf.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Ausländer im Deutschen Reich

Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung vom 17. Mai 1939

Die Zahl der Ausländer im Reich und ihre Entwicklung

Nach der ersten vorläufigen Auszählung wurden am 17. Mai 1939 im Deutschen Reich¹⁾ insgesamt 939 386 Ausländer ermittelt, die 1,18 vH der Wohnbevölkerung darstellen. Von ihnen waren:

681 224 oder 72,5 vH Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit,
123 579 „ 13,2 „ Staatenlose,
134 583 „ 14,3 „ Personen, deren Staatsangehörigkeit unermittelt
oder ungeklärt ist.

In diesen Zahlen sind die Ausländer, die sich am Zählungstag nur vorübergehend im Deutschen Reich aufhielten, nicht enthalten; die ausländischen Wanderarbeiter wurden jedoch, um eine vollständige Erfassung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitskräfte zu ermöglichen, mit einbezogen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse muß berücksichtigt werden, daß die Volkszählung zu einer Zeit durchgeführt wurde, in der die Berichtigung der Versailler Staatsgrenzen, die den deutschen Lebensraum in Mitteleuropa politisch und wirtschaftlich zerstückelten, durch die Wiedereingliederung der Ostmark, der sudetendeutschen Gebiete und des Memellandes und durch die Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren bereits begonnen hatte. Die Veränderung der Staatsgrenzen hatte selbstverständlich auch den Wechsel der Staatsangehörigkeit für erhebliche Teile der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten

zur Folge. Obwohl die damit zusammenhängenden Fragen bis zur Zählung im wesentlichen entschieden waren, herrschte doch noch bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung der sudetendeutschen Gebiete Unklarheit über ihre Staatsangehörigkeit. Diese Tatsache kommt in der hohen Zahl der Personen, deren Staatsangehörigkeit unermittelt oder ungeklärt ist, zum Ausdruck. Von den insgesamt 134 583 Personen dieser Gruppe wurden allein 125 153 in den sudetendeutschen Gebieten gezählt. Vor allem dürften es tschechische Volkszugehörige sein, die in den sudetendeutschen Gebieten nicht heimatberechtigt sind und in- zwischen auf Grund der Verordnung der Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren vom 11. 1. 1940¹⁾ Protektoratsangehörige geworden sind. Bei einem nicht unbeträchtlichen Teil dürfte es sich aber um Personen handeln, die die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, was ihnen am Zählungstag in Unkenntnis der damals erst kurze Zeit bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht bekannt war. Die Gesamtzahl von 939 386 Ausländern im Deutschen Reich ist daher als überhöht anzusehen.

Nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 sind auch die Freie Stadt Danzig, Teile des ehemaligen Polen und neuerdings das Gebiet von Eupen, Malmédy und Moresnet in das Reich eingegliedert worden. Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind nunmehr auch die Danziger Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit sowie die polnischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit und die deutschen Volks-

¹⁾ Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Protektorats Böhmen und Mähren, Jg. 1940, 4. Stück.

¹⁾ Ohne Memelland, Danzig und die neuen Ostgebiete.

zugehörigen, die nach Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit staatenlos waren, soweit sie am 26. 10. 1939 Bewohner des Großdeutschen Reichs waren, vorbehaltlich einer abschließenden gesetzlichen Regelung deutsche Staatsangehörige geworden¹⁾. Auch die Bewohner deutschen und artverwandten Blutes der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet werden nach Maßgabe noch nicht ergangener näherer Bestimmungen deutsche Staatsangehörige²⁾. Da die Ergebnisse der Volkszählung den Stand vom 17. Mai 1939 wiedergeben, sind diese Personengruppen jedoch noch in der Zahl der Ausländer enthalten. Zu den Ausländern zählen gleichfalls die Staatsangehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren.

Die Änderung der Staatsgrenzen und der Wechsel der Staatsangehörigkeit bei der Bevölkerung großer Gebiete erschwert vor allem auch den Vergleich der vorliegenden Zahlen mit den Ergebnissen der vorhergegangenen Volkszählungen. Berücksichtigt man die wichtigsten bis zum Mai 1939 eingetretenen Änderungen in den Staatsangehörigkeitsverhältnissen, so ergibt sich, daß um 1933 im Gebiet der Volkszählung 1939 etwa 672 000 Ausländer gewohnt haben, die 0,88 vH der Bevölkerung darstellten. In den sechs Jahren bis 1939 hat also die Zahl der Ausländer um rd. 268 000 oder 39,8 vH zugenommen. Auf die drei großen Staatsangehörigkeitsgruppen verteilt sich die Zunahme wie folgt:

	1939	1933	Zunahme
Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit	681 200	561 000	120 200
Staatenlose	123 600	109 100	14 500
Personen, deren Staatsangehörigkeit unermittelt oder ungeklärt ist	134 600	1 700	132 900

Die Zunahme der Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit, die rd. 120 200 Personen oder 21,4 vH beträgt, ist vornehmlich durch den wirtschaftlichen Aufschwung seit 1933 bedingt. Die Durchführung des gigantischen nationalsozialistischen Aufbauprogramms erforderte einen Aufwand an Arbeitskräften wie nie zuvor. In den vergangenen Jahren sind aber gerade die im Weltkrieg 1914/18 geborenen Jahrgänge in das Erwerbsleben eingetreten, die größtenteils nur halb so stark besetzt sind wie die letzten Jahrgänge vor dem Weltkriege. Es machte sich daher auf weiten Gebieten ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, zu dessen Beseitigung ausländische Arbeitskräfte in stärkerem Umfang als bisher herangezogen werden mußten.

Die Staatenlosen haben um rd. 14 500 Personen oder um 13,2 vH zugenommen. Dieser Anstieg, der erheblich geringer als bei den beiden anderen Personengruppen ist, dürfte zum Teil auf den seit 1933 erfolgten Widerruf von früher vorgenommenen Einbürgerungen unerwünschter Elemente beruhen.

Die Gründe für die außergewöhnliche Erhöhung der Zahl der Personen, deren Staatsangehörigkeit unermittelt oder ungeklärt ist — sie haben gegenüber 1933 um rd. 132 900 zugenommen —, sind bereits genannt worden.

Über die Entwicklung der Zahl der Ausländer im Deutschen Reich seit 1871 unterrichten folgende Zahlen:

Reichsgebiet vor dem Weltkrieg	Ausländer Zahl	vH der Gesamtbevölkerung
1871	206 755	0,50
1875	290 799	0,68
1880	276 057	0,61
1885	372 792	0,80
1890	433 254	0,88
1895	486 190	0,93
1900	778 698	1,38
1905	1 028 560	1,70
1910	1 259 873	1,94
Reichsgebiet nach dem Weltkrieg (ohne Saarland)		
1910	1 129 951	1,95
1925	957 096	1,53
1933	756 760	1,16
Reichsgebiet zur Zeit der Zählung 1939 (ohne Memelland)		
1933	etwa 672 000*	0,88
1939	939 386	1,18

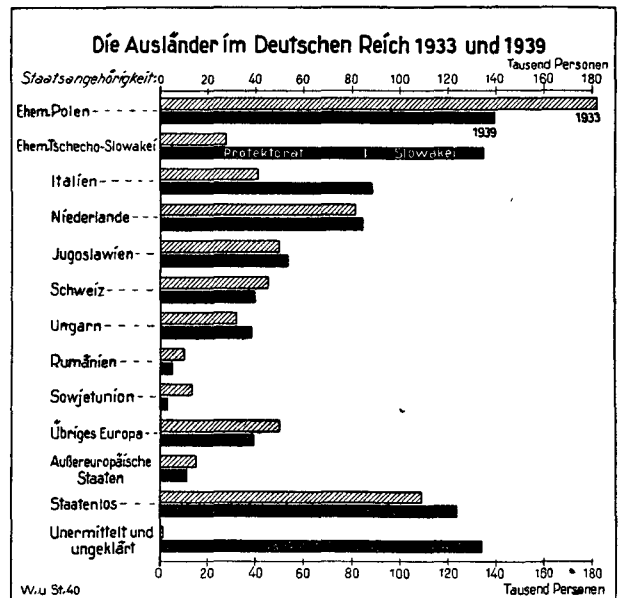
^{*)} Nach den Staatsangehörigkeitsverhältnissen vom Mai 1939 (teilweise geschätzt).

¹⁾ Vgl. Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 25. 11. 1939 — Ie 5501/39 — 5000 Ost — (RMBl. IV. Seite 2385). — ²⁾ Vgl. Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Durchführung der Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich vom 28. Mai 1940 (Reichsgesetzbl. Teil I, Nr. 92).

In der Zeit vor dem Weltkrieg war eine fast stetige Zunahme der Zahl der Ausländer, von Zählung zu Zählung festzustellen. 1910 wurden im damaligen Reichsgebiet fast 1,3 Mill. Ausländer gezählt. Auch in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg — insbesondere in der Inflationszeit — hatte die Zahl der Ausländer zunächst wohl noch zugenommen. Nach der Stabilisierung der Währung setzte jedoch eine merkliche Abwanderung der Ausländer ein. So befanden sich bei der Zählung 1925 im Deutschen Reich damaligen Umfanges nur noch 957 000 Ausländer, d. h. 15,3 vH weniger als bei der Zählung 1910 innerhalb desselben Gebiets. Infolge der schlechten Wirtschaftslage in den Jahren vor 1933 sowie durch die verschiedenen Maßnahmen gegen den Zuzug fremder Arbeitskräfte war die Zahl der Ausländer auch bis 1933 weiter zurückgegangen. Der wirtschaftliche Anstieg nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus hatte dagegen ein starkes Wiederanstiegen der Zahl der Ausländer im Deutschen Reich zur Folge.

Die Ausländer nach der Staatsangehörigkeit

Die Hauptmasse der Ausländer stellen die Staaten, die mit dem Deutschen Reich eine gemeinsame Landgrenze haben. Insgesamt sind rd. 641 000 Personen oder mehr als zwei Drittel (68,2 vH) aller Ausländer Angehörige dieser Staaten. Aus den außereuropäischen Staaten stammen nur rd. 11 500 Personen oder 1,2 vH aller Ausländer, von denen wiederum mehr als die Hälfte (rd. 6 200 Personen) Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind.



Unter [den einzelnen Staatsangehörigkeiten ist die polnische weitaus am stärksten vertreten; sie umfaßt mit rd. 139 000 Personen ein Siebentel (14,8 vH) aller Ausländer des Reichs (z. Zt. der Zählung). In nicht allzu weitem Abstand folgen Italien mit rd. 88 000, das Protektorat Böhmen und Mähren mit rd. 86 000 und die Niederlande mit rd. 85 000 Personen, die je fast ein Zehntel (9,0 bis 9,4 vH) der Ausländer insgesamt ausmachen. Auf das ehemalige Polen und diese drei Staaten entfallen zusammen mehr als zwei Fünftel (42,4 vH) aller Ausländer im Deutschen Reich und fast drei Fünftel (58,5 vH) der Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit. Nicht unbeträchtlich ist auch die Zahl der Angehörigen Jugoslawiens (54 000), der Slowakei (49 000), der ehemaligen Freien Stadt Danzig, die am 17. Mai 1939 noch Ausland war (41 000), der Schweiz (40 000) und Ungarns (39 000). Alle übrigen Staaten sind dagegen nur durch eine verhältnismäßig geringe Zahl von Staatsangehörigen vertreten.

Die absoluten Zahlen über die einzelnen Staatsangehörigkeiten lassen jedoch nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf den Grad der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verflechtung dieser Staaten mit dem Deutschen Reich zu. Hierzu müssen sie auch der Gesamtzahl der Bevölkerung des betreffenden Heimatstaates gegenübergestellt werden. Setzt man die einzelnen

Zahlen der Ausländer in Beziehung zur Bevölkerung ihrer Heimatstaaten, so ergibt sich folgendes Bild:

Auf 1 000 der Bevölkerung des Heimatstaates entfallen Angehörige desselben Staates im Deutschen Reich:

Ehem. Freie Stadt Danzig	100,7	Ungarn	4,4
Slowakei	17,8	Ehem. Polen	4,0
Prot. Böhmen u. Mähren	12,7	Jugoslawien	3,5
Niederlande	9,8	Italien	2,0
Schweiz	9,5	Dänemark	1,4
Luxemburg	7,6	Estland	1,1
Bulgarien	4,7	Lettland	1,1

Die Zunahme der Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit gegenüber 1933 erstreckt sich in der Hauptsache auf einige Nachbarstaaten des Deutschen Reichs. Neben dem Protektorat Böhmen und Mähren, dessen Angehörige hier gleichfalls als Ausländer angesehen werden, sind es in erster Linie die Slowakei, die ehemalige Freie Stadt Danzig und Italien. Die Zahl der Angehörigen des Protektorats und der Slowakei betrug 1939 zusammen rd. 136 000, während die Zahl der aus dem heutigen Gebiet des Protektorats und der Slowakei stammenden und nach dem im Mai 1939 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht als Ausländer anzusehenden Personen um 1933 nur mit etwa 28 000 anzunehmen ist. Das bedeutet eine Zunahme um rd. 108 000 Personen auf fast das Fünffache. Auch die ehemaligen Danziger Staatsangehörigen haben sich gegenüber 1933 mit einer Zunahme von rd. 30 800 Personen auf das Vierfache vermehrt, während sich die Zahl der italienischen Staatsangehörigen mit einem Anstieg von rd. 46 800 verdoppelt hat. Diese außerordentlichen

Zunahmen beruhen größtenteils auf der Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte für die Durchführung des nationalsozialistischen Aufbauprogramms.

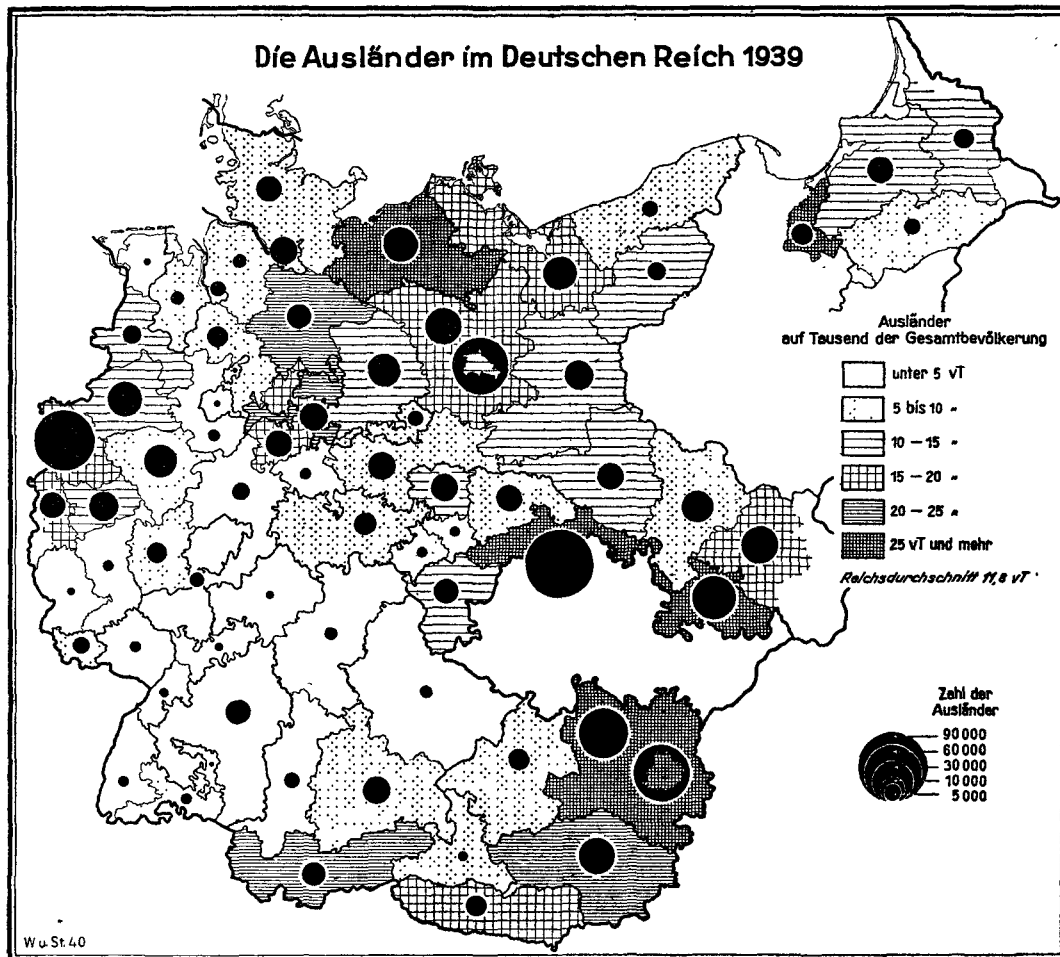
Demgegenüber weist eine Reihe von Staaten nicht unerhebliche Rückgänge auf. Hierunter fallen vor allem Staaten, deren Angehörige im Reich um 1933 zu einem beträchtlichen Teil Juden waren, die inzwischen als unerwünschte Elemente in ihren Heimatstaat abgeschoben worden sind oder von selbst wieder ausgewandert sind (Polen, Rumänien, Litauen, Lettland). So zeigen die Angehörigen des ehemaligen Polen, von denen 1933 im alten Reichsgebiet 56 900 oder 38,2 vH, 1939 aber nur 11 400 oder 8,8 vH Juden waren, eine Abnahme von rd. 42 700 Personen oder fast einem Viertel (23,4 vH). Aber auch die zwischenstaatliche politische Lage dürfte hierbei eine gewisse Rolle gespielt haben; so bei den Angehörigen Großbritanniens und Nordirlands, die um mehr als zwei Fünftel abgenommen haben, oder bei den französischen Staatsangehörigen, deren Zahl um fast drei Zehntel zurückgegangen ist.

Die Ausländer nach der Volkszugehörigkeit und der Abstammung

Von den am 17. Mai 1939 im Deutschen Reich ermittelten 939 000 Ausländern haben sich 476 000 oder die Hälfte (50,7 vH) zum deutschen Volkstum bekannt. Dieser verhältnismäßig hohe Anteil an deutschen Volkszugehörigen ist bei den drei hier unter-

Die Ausländer im Deutschen Reich ¹⁾ nach der Staatsangehörigkeit 1939 und 1933	Ausländer am 17. Mai 1939								Ausländer um 1933 ²⁾		Veränderung 1933 bis 1939						
	insgesamt			Von den Ausländern waren						Zahl	vH der Gesamtzahl	Zahl	vH				
	Zahl	vH der Gesamtzahl	männlich	Volkszugehörige				Juden									
				deutsche	fremde	Juden		Zahl	vH								
				Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH								
Europäische Staaten																	
Albanien	90	0,0	56	25	27,8	65	72,2	—	—	140	0,0	50	- 35,7				
Belgien	4 355	0,5	2 110	2 974	68,3	1 373	31,5	8	0,2	5 442	0,8	1 087	- 20,0				
Bulgarien	2 100	0,2	1 582	246	11,7	1 824	86,9	30	1,4	1 907	0,3	193	+ 10,1				
Dänemark (mit Island)	5 112	0,5	2 632	3 032	59,3	2 049	40,1	31	0,6	5 602	0,8	490	- 8,8				
Ehem. Freie Stadt Danzig	41 000	4,4	22 540	40 780	99,5	96	0,2	124	0,3	10 129	1,5	30 871	+ 304,8				
Estland	1 213	0,1	604	854	70,4	355	29,3	4	0,3	1 042	0,2	171	+ 16,4				
Finnland	375	0,0	193	163	43,5	210	56,0	2	0,5	420	0,1	45	- 10,7				
Frankreich (mit Monaco)	6 669	0,7	2 998	4 806	72,1	1 796	26,9	67	1,0	9 423	1,4	2 754	- 29,2				
Griechenland	1 566	0,2	938	589	37,6	948	60,5	29	1,9	1 818	0,3	252	- 13,9				
Großbritannien und Nordirland	4 150	0,4	1 746	1 824	43,9	2 181	52,6	145	3,5	7 187	1,1	3 037	- 42,3				
Irland (Freistaat)	80	0,0	32	25	31,2	55	68,8	—	—	74	0,0	6	8,1				
Italien (mit San Marino und Heliger Stuhl)	88 324	9,4	61 912	22 411	25,4	65 794	74,5	119	0,1	41 565	6,2	46 759	+ 112,5				
Jugoslawien	53 618	5,7	29 785	33 229	62,0	20 187	37,7	202	0,3	49 981	7,4	3 637	+ 7,3				
Lettland	2 123	0,2	891	1 685	79,4	302	14,2	136	6,4	2 926	0,4	803	- 27,4				
Litauen	1 457	0,2	832	780	53,5	530	36,4	147	10,1	3 355	0,5	1 898	- 56,6				
Luxemburg	2 262	0,2	1 137	1 475	65,2	780	34,5	7	0,3	2 860	0,4	598	- 20,9				
Niederlande	84 543	9,0	46 354	46 806	55,4	37 576	44,4	161	0,2	81 165	12,1	3 378	+ 4,2				
Norwegen	1 829	0,2	1 179	411	22,5	1 409	77,0	9	0,5	1 346	0,2	483	+ 36,9				
Ehem. Polen	139 441	14,8	73 752	90 614	65,0	33 699	24,2	15 128	10,8	182 117	27,1	42 676	- 23,4				
Portugal	171	0,0	96	57	33,3	108	63,2	6	3,5	168	0,0	3	1,1				
Protektorat Böhmen und Mähren	86 234	9,2	52 950	36 927	42,8	47 585	55,2	1 722	2,0	—	—	—	—				
Rumänien	5 723	0,6	3 136	3 304	57,7	1 321	23,1	1 098	19,2	10 549	1,6	4 826	- 45,8				
Sowjetunion	3 776	0,4	2 213	2 003	53,0	1 576	41,8	197	5,2	13 947	2,1	10 171	- 72,9				
Schweden	2 772	0,3	1 316	1 330	48,0	1 425	51,4	17	0,6	3 433	0,5	661	- 19,3				
Schweiz (mit Liechtenstein)	39 901	4,3	20 340	27 972	70,1	11 832	29,7	97	0,2	45 266	6,7	5 365	- 11,9				
Slowakei	49 350	5,3	28 188	16 867	34,2	31 824	64,5	659	1,3	—	—	—	—				
Spanien (mit Andorra)	1 220	0,1	586	389	31,9	814	66,7	17	1,4	1 411	0,2	191	- 13,5				
Tschechoslowakei ³⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 223	4,2	—	—				
Türkei (mit Hatay)	1 662	0,2	1 108	214	12,9	1 195	71,9	253	15,2	1 685	0,3	23	- 1,4				
Ungarn	38 611	4,1	21 400	15 376	39,8	21 490	55,7	1 745	4,5	32 323	4,8	6 288	+ 19,5				
Außereuropäische Staaten																	
Vereinigte Staaten von Amerika	6 177	0,7	3 285	4 326	70,0	1 693	27,4	158	2,6	8 817	1,3	2 640	- 29,9				
Lateinamerikanische Staaten	2 230	0,2	1 235	1 263	56,6	905	40,6	62	2,8	2 814	0,4	584	- 20,8				
Britische Dominions u. Brit.-Indien	486	0,1	295	276	56,8	189	38,9	21	4,3	582	0,1	96	- 16,5				
Übrige asiatische und afrikanische Staaten	2 604	0,3	1 930	376	14,5	2 184	83,8	44	1,7	3 233	0,5	629	- 19,5				
Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit insgesamt																	
Staatenlos	681 224	72,5	389 351	363 409	53,3	295 370	43,4	22 445	3,3	560 950	83,5	+ 120 274	+ 21,4				
Unermittelt und ungeklärt	123 579	13,2	63 272	97 047	78,5	10 586	8,6	15 946	12,9	109 144	16,2	+ 14 435	+ 13,2				
	134 583	14,3	65 728	15 920	11,8	117 679	87,5	984	0,7	1 727	0,3	+ 132 856	—				
Ausländer insgesamt																	
	939 386	100,0	518 351	476 376	50,7	423 635	45,1	39 375	4,2	671 821	100,0	+ 267 565	+ 39,8				
davon																	
im alten Reichsgebiet (Stand vom 1. Januar 1938)	638 834	68,0	368 258	373 054	58,4	240 089	37,6	25 691	4,0	505 337	75,2	+ 133 497	+ 26,4				
in der Ostmark (Stand vor Wiedereingliederung)	136 939	14,6	71 056	82 809	60,5	41 074	30,0	13 056	9,5	148 234	22,1	- 11 295	- 7,6				
in den sudetendeutschen Gebieten	163 613	17,4	79 037	20 513	12,5	142 472	87,1	628	0,4	18 250	2,7	+ 145 363	+ 796,5				

¹⁾ Ohne Memelland, Danzig, neue Ostgebiete und Eupen-Malmédy. — ²⁾ Für das alte Reichsgebiet 16. 6. 1933, für das Saarland 25. 6. 1935, für die Ostmark 22. 3. 1934, für die sudetendeutschen Gebiete 1. 12. 1930. — ³⁾ Das sind die am 16. 6. 1933 im Altreich (einschl. Saarland) und am 22. 3. 1934 im ehem. Österreich ermittelten Angehörigen der ehem. Tschechoslowakei mit fremder Muttersprache bzw. (im ehem. Österreich) mit fremder Sprachzugehörigkeit.



Die Ausländer in den Großstädten ¹⁾ am 17. Mai 1939	Ausländer insgesamt		darunter waren				Die Ausländer in den Großstädten ¹⁾ am 17. Mai 1939	Ausländer insgesamt		darunter waren			
			Ausländer mit bestimmter Staats- angehörigkeit		Staatenlose					Ausländer mit bestimmter Staats- angehörigkeit		Staatenlose	
	Zahl	vH der Wohnbevöl- kerung	Zahl	vH	Zahl	vH		Zahl	vH der Wohnbevöl- kerung	Zahl	vH	Zahl	vH
Aachen	3 458	2,13	3 292	95,2	155	4,5	Kiel	2 937	1,07	2 592	88,2	340	11,6
Augsburg	645	0,35	595	92,2	50	7,8	Köln	8 306	1,08	7 115	85,7	1 050	12,6
Berlin	58 065	1,34	42 356	72,9	14 215	24,6	Königsberg (Pr.) ...	3 918	1,05	3 417	87,2	489	12,5
Beuthen O. S.	4 626	4,59	4 269	92,3	343	7,4	Krefeld-Uerdingen a. Rh.	2 542	1,49	2 346	92,3	168	6,6
Bielefeld	470	0,36	385	81,9	78	16,6	Leipzig	7 248	1,02	5 714	78,8	1 455	20,1
Bochum	1 724	0,56	1 482	86,0	242	14,0	Linz	2 584	2,02	2 509	97,1	70	2,7
Bonn	894	0,89	794	88,8	87	9,7	Ludwigshafen a. Rhein	521	0,36	431	82,7	90	17,3
Braunschweig	1 343	0,68	1 187	88,4	155	11,5	Lübeck	1 101	0,71	823	74,8	202	18,3
Bremen	3 655	1,03	3 067	83,9	573	15,7	Magdeburg	2 924	0,87	2 410	82,4	322	11,0
Breslau	2 732	0,43	2 067	75,7	656	24,0	Mainz	474	0,30	405	85,4	69	14,6
Chemnitz	1 580	0,47	1 324	83,8	251	15,9	Mannheim	918	0,32	764	83,2	154	16,8
Darmstadt	417	0,36	369	88,5	48	11,5	Mülheim a. d. Ruhr..	1 629	1,19	1 550	95,1	73	4,5
Dessau	384	0,32	299	77,9	84	21,9	München	7 974	0,96	7 200	90,3	767	9,6
Dortmund	5 400	1,00	4 466	82,7	843	15,6	München-Gladbach..	1 344	1,05	1 238	92,1	75	5,6
Dresden	4 745	0,75	3 912	82,4	820	17,3	Münster i. W.	704	0,50	626	88,9	68	9,7
Düsseldorf	7 894	1,46	6 882	87,2	899	11,4	Nürnberg	1 265	0,30	1 076	85,0	188	14,9
Duisburg	11 596	2,66	10 054	86,7	1 092	9,4	Oberhausen	3 259	1,70	2 884	88,5	319	9,8
Erfurt	482	0,29	371	77,0	101	20,9	Plauen	435	0,39	335	77,0	94	21,6
Essen	5 627	0,84	4 736	84,1	842	15,0	Potsdam	579	0,43	460	79,5	117	20,2
Frankfurt a. M.	4 650	0,84	3 584	77,1	975	21,0	Remscheid	654	0,63	560	85,6	87	13,3
Freiburg i. B.	410	0,37	368	89,8	42	10,2	Rostock	1 292	1,06	1 142	88,4	143	11,1
Gelsenkirchen	3 012	0,95	2 393	79,4	562	18,7	Saarbrücken	1 462	1,10	1 354	92,6	96	6,6
Gleiwitz	1 497	1,28	1 328	88,7	149	10,0	Solingen	863	0,61	767	88,9	81	9,4
Graz	6 062	2,92	4 928	81,3	1 104	18,2	Stettin	1 448	0,54	1 168	80,7	276	19,0
Hagen (Westf.)	906	0,60	799	88,2	99	10,9	Stuttgart	2 305	0,50	2 104	91,3	201	8,7
Halle a. S.	663	0,30	535	80,7	86	13,0	Wien	59 671	3,11	47 670	79,9	11 608	19,4
Hamburg	14 336	0,84	12 030	83,9	2 195	15,3	Wiesbaden	1 074	0,63	920	85,7	131	12,2
Hannover	3 265	0,69	2 704	82,8	498	15,3	Wilhelmshaven	541	0,48	494	91,3	39	7,2
Hindenburg O. S.	3 583	2,84	3 391	94,7	188	5,2	Würzburg	362	0,34	313	86,5	49	13,5
Karlsruhe	601	0,32	500	83,2	101	16,8	Wuppertal	997	0,25	809	81,1	182	18,3
Kassel	870	0,40	637	73,2	219	25,2	Großstädte insgesamt	276 923	1,15	226 300	81,7	46 755	16,9

¹⁾ Ohne Danzig und die Großstädte in den neuen Ostgebieten.

Gebiet, das mit 16,0 vH gleichfalls einen beträchtlichen Teil der Ausländer beherbergt, umschließt die ostmärkischen Reichsgaue Niederdonau, Wien, Steiermark, Kärnten und Tirol mit Vorarlberg. In diesen drei Gebieten, die rd. die Hälfte (51,5 vH) der Reichsbevölkerung umfassen, leben fast zwei Drittel (64,1 vH) aller Ausländer im Reich. Besonders stark sind die Ausländer in folgenden Gebieten vertreten:

	Zahl der Ausländer	vH der Wohnbevölkerung
Sudetenland	138 892	4,72
Wien	59 671	3,11
Niederdonau	46 683	2,75
Mecklenburg	22 475	2,60
Braunschweig	14 267	2,44
Steiermark	24 607	2,20
Tirol-Vorarlberg	10 360	2,12
Kärnten	8 336	1,85
Brandenburg	41 412	1,38
Pommern	32 417	1,35
Berlin	58 065	1,34
Rheinprovinz	105 044	1,33
Ostpreußen	32 791	1,32

Bei den Zahlen für den Reichsgau Sudetenland ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich im wesentlichen um Personen handelt, deren Staatsangehörigkeit im Zeitpunkt der Zählung noch ungeklärt war.

Die Zusammensetzung der Ausländer in den einzelnen Reichsteilen nach der Staatsangehörigkeit wird zum großen Teil durch die Lage zu den angrenzenden Staaten bestimmt. So befinden sich rd. vier Fünftel (80,9 vH) aller niederländischen Staatsangehörigen im Reich allein in der Rheinprovinz und in Westfalen. Von den Staatsangehörigen des ehemaligen Polen entfällt mehr als die Hälfte (51,8 vH) auf Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Berlin, während die aus Jugoslawien stammenden Ausländer zu rd. zwei Fünfteln (39,7 vH) in der Steiermark, in Kärnten, Wien und Niederdonau leben. Daneben spielt jedoch auch die wirtschaftliche Struktur der Reichsteile eine bedeutende Rolle.

Von den Ausländern im Reich leben 276 923 oder rd. ein Drittel (29,5 vH) in den Großstädten; hiervon entfällt allerdings fast die Hälfte (47,7 vH) allein auf die drei Millionenstädte Berlin, Wien und Hamburg.

Am höchsten ist der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in den Städten Beuthen O. S. (4,59 vH), Wien (3,11 vH), Graz (2,92 vH), Hindenburg (2,84 vH), Duisburg (2,66 vH), Aachen (2,13 vH) und Linz (2,02 vH), die sämtlich in Gebieten mit besonders hohem Ausländeranteil liegen. Am geringsten mit Ausländern durchsetzt ist die Bevölkerung in den Großstädten Halle a. S. (0,30 vH), Mainz (0,30 vH), Erfurt (0,29 vH) und Wuppertal (0,25 vH).

Die neue Reichsstatistik der Fehlgeburten

Ergebnisse für die Jahre 1936 bis 1938

Durch die Vierte Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 18. Juli 1935 ist die Meldepflicht für die Fehlgeburten eingeführt worden. Dadurch ist die Möglichkeit zu einer allgemeinen, wenn auch noch nicht vollständigen statistischen Erfassung der Fehlgeburten gegeben.

Nach Artikel 12 dieser Verordnung ist jede Unterbrechung der Schwangerschaft sowie jede vor Vollendung der 32. Schwangerschaftswoche eingetretene Fehlgeburt (Fruchtabgang) oder Frühgeburt binnen drei Tagen dem zuständigen Amtsarzt anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind der hinzugezogene Arzt, die hinzugezogene Hebamme sowie jede sonst zur Hilfeleistung bei der Fehlgeburt oder Frühgeburt hinzugezogene Person, jedoch mit Ausnahme der Verwandten, Verschwägerten oder der zum Hausstand der Schwangeren gehörenden Personen. Von der Anzeige ausgeschlossen sind also die sicher sehr zahlreichen gewollten oder ungewollten Fehlgeburten, bei denen, wie es insbesondere in der robusten Landbevölkerung häufig ist, entweder gar keine Person oder nur verwandte Frauen zur Hilfeleistung hinzugezogen werden. Hierzu kommen die ebenfalls nicht seltenen, unbemerkten Fruchtabgänge (spontanen Uterusblutungen), soweit sie nicht bei einer etwaigen anschließenden ärztlichen Behandlung als solche erkannt werden. Schließlich dürften gerade die von anzeigepflichtigen Personen vorgenommenen kriminellen Frucht- abtreibungen zum großen Teil der Erfassung entgehen. Trotzdem ist aber die neue Fehlgeburtenstatistik als eine wesentliche Ergänzung der standesamtlichen Geburtenstatistik anzusehen.

Nach einem Bericht im »Reichsgesundheitsblatt«¹⁾ wurden in den Jahren 1936 bis 1938 im alten Reichsgebiet jährlich rd. 200 000 Fehlgeburten ermittelt.

Zahl der Geburten und Fehlgeburten im Deutschen Reich	1936	1937	1938
Lebend- und Totgeborene.....	1 312 053	1 308 607	1 378 369
Fehlgeburten.....	198 393	196 674	197 653
Schwangerschaftsunterbrechungen aus gesundheitlichen Gründen	1 939	2 643	2 187
Bekanntgewordene Schwangerschaften zusammen	1 512 385	1 507 924	1 578 209

¹⁾ Reichsgesundheitsblatt 1940, Nr. 18: Die neue Reichsstatistik der Fehlgeburten; Ergebnisse für die Jahre 1936—1938 von E. Meier und H. Schulz.

Von den bekanntgewordenen Schwangerschaften haben 13,1 vH im Jahre 1936, 13,0 vH im Jahre 1937 und 12,5 vH im Jahre 1938 mit einer Fehlgeburt geendet.

In den einzelnen Gebietsteilen des Reichs schwanken die Ziffern im Jahre 1936 zwischen 21,6 (Berlin) und 4,6 (Niederbayern-Oberpfalz). Im Jahre 1937 hatte Braunschweig mit 19,6 die höchste und Sigmaringen mit 5,1 die niedrigste Fehlgeburtenziffer, und im Jahre 1938 lagen die Werte der übrigen Bezirke wiederum zwischen den Ziffern von Braunschweig (18,5) und von Sigmaringen (5,6). Hohe Fehlgeburtenziffern wurden im allgemeinen in den Gebieten gefunden, deren Bevölkerungscharakter von Großstädten beherrscht wird, sowie im rheinisch-westfälischen und sächsischen Industriegebiet. So wies in den Erhebungsjahren 1936 bis 1938 Berlin Ziffern von 21,6, 19,3 und 16,5, Hamburg solche von 19,0, 16,8 und 16,3 auf. Hohe Ziffern hatten weiterhin Bremen (17,0, 17,3, 16,1), die Reg.-Bez. Düsseldorf (17,2, 16,3, 15,5), Arnberg (16,9, 16,6, 16,4), in Sachsen Dresden-Bautzen (16,9, 16,6, 14,8) und Leipzig (16,1, 18,0, 15,2), ferner Braunschweig (20,9, 19,6, 18,5) und der Reg.-Bez. Hannover (18,5, 16,5, 14,4). Gebiete mit besonders niedrigen Fehlgeburtenziffern waren Bayern, wo in den drei Berichtsjahren 8,7, 9,8 und 10,3 vH der bekanntgewordenen Schwangerschaften durch Fehlgeburt endeten, sowie die nordöstlichen Bezirke des Reichs, vor allem die Reg.-Bez. Gumbinnen (7,9, 9,1, 8,8), Allenstein (6,4, 7,7, 7,6) und Westpreußen (9,4, 9,5, 9,7). Auch in Westdeutschland sind nördlich und südlich des großen Industriebezirks die Fehlgeburtenziffern niedrig, so in den Reg.-Bez. Aurich (8,3, 7,1, 8,6), Osnabrück (9,4, 9,5, 10,6), Koblenz (8,9, 10,2, 10,5) und Trier (9,5, 9,6, 9,7).

Offensichtlich sind die Fehlgeburtenziffern in Gebieten mit niedriger Geburtenziffer hoch, in Gebieten mit hoher Geburtenziffer dagegen niedrig. In den Zahlen der Fehlgeburten kommt also ein Teil des Geburtenausfalls zum Ausdruck. Die Häufigkeit der bekanntgewordenen Schwangerschaften ist daher in den verschiedenen Gebieten des Reichs nicht so unterschiedlich wie die Häufigkeit der standesamtlich meldepflichtigen Geburten. So ist für 1938 in Berlin die Geburtenziffer um rd. 35 vH, die aus der Summe der standesamtlich gemeldeten Geburten und der angezeigten Fehlgeburten sich ergebende Schwangerschaftsziffer aber nur um 28 vH niedriger als in Niederbayern-Oberpfalz.

Die Fehlgeburten in den Ländern und größeren Verwaltungsbezirken des Reichs 1936 bis 1938	Grundzahlen			auf 100 bekanntgewordene Schwangerschaften		
	1936	1937	1938	1936	1937	1938
Regierungsbezirke						
Königsberg	2 845	3 093	2 998	10,3	11,2	10,2
Gumbinnen	1 102	1 264	1 321	7,9	9,1	8,8
Allenstein	1 026	1 216	1 249	6,4	7,7	7,6
Marienwerder	768	769	848	9,4	9,5	9,7
Berlin	16 974	14 977	13 705	21,6	19,3	16,5
Potsdam	4 981	4 132	4 319	14,4	12,0	12,8
Frankfurt	4 235	3 936	3 590	14,4	14,3	12,6
Stettin	3 597	3 403	3 490	11,6	11,9	11,3
Köslin	1 555	1 490	1 677	8,8	8,8	9,6
Schneidemühl	807	862	849	9,0	7,1	7,1
Breslau	6 672	6 308	5 923	13,9	13,7	12,4
Liegnitz	3 192	3 295	3 388	11,1	11,4	11,3
Oppeln	5 151	4 974	5 140	11,2	11,1	11,3
Magdeburg	4 568	4 427	4 031	15,7	15,0	13,2
Merseburg	3 985	3 866	4 088	11,8	11,5	11,6
Erfurt	1 792	1 924	1 794	12,9	13,6	11,9
Schleswig	5 313	4 615	4 594	13,3	12,6	11,9
Hannover	3 668	3 229	2 959	18,5	16,5	14,4
Hildesheim	1 443	1 565	1 664	10,9	11,9	11,8
Lüneburg	1 899	1 489	1 428	12,8	11,9	11,8
Stade	1 149	1 247	1 432	10,3	10,3	12,1
Osnabrück	1 161	1 221	1 497	9,4	9,5	10,6
Aurich	707	558	709	8,3	7,1	8,6
Münster	5 526	5 958	6 416	13,4	14,2	14,6
Minden	2 889	2 886	3 020	14,0	13,7	13,6
Arnsberg	10 347	10 211	10 446	16,9	16,6	16,4
Kassel	2 427	2 453	2 624	9,6	9,5	9,5
Wiesbaden	3 315	3 248	3 320	12,1	12,3	12,0
Koblenz	1 492	1 956	2 089	8,9	10,2	10,5
Düsseldorf	15 687	14 798	14 420	17,2	16,3	15,5
Köln	5 263	5 109	5 027	15,8	15,8	14,9
Trier	1 153	1 083	1 118	9,5	9,6	9,7
Aachen	2 247	2 361	2 152	12,7	13,4	12,5
Sigmaringen	98	84	86	5,9	5,1	5,6
Preußen	129 034	124 007	123 411	13,8	13,4	12,8
Oberbayern	4 189	4 667	4 939	11,0	11,8	11,5
Niederbayern und Oberpfalz	1 962	2 463	3 266	4,6	6,6	8,1
Pfalz	2 733	2 952	3 003	11,6	12,7	13,0
Ober- und Mittel- franken	3 714	4 056	4 379	9,5	10,4	10,4
Mainfranken	1 586	1 738	1 918	8,0	8,7	9,1
Schwaben	1 347	1 567	2 146	7,1	8,2	10,1
Bayern	15 531	17 443	19 651	8,7	9,8	10,3
Chemnitz	2 481	2 422	2 240	13,1	13,2	11,9
Dresden-Bautzen	6 185	6 086	5 625	16,9	16,6	14,8
Leipzig	4 054	4 486	3 981	16,1	18,0	15,2
Zwickau	2 098	2 053	1 952	14,0	13,9	12,6
Sachsen	14 818	15 047	13 798	15,5	15,9	14,0
Württemberg	6 535	6 435	6 775	10,5	10,2	10,0
Baden	6 657	7 644	7 498	12,0	13,7	12,8
Thüringen	3 602	3 888	4 063	10,3	11,1	11,1
Hessen	3 152	3 012	2 974	10,5	10,3	9,9
Hamburg	4 711	5 655	5 765	19,0	16,8	16,3
Mecklenburg	2 588	2 572	2 703	12,1	11,7	11,8
Oldenburg	1 839	1 830	1 760	11,6	12,3	10,8
Braunschweig	2 432	2 279	2 273	20,9	19,6	18,5
Bremen	1 657	1 489	1 779	17,0	17,3	16,1
Anhalt	1 120	1 164	1 181	12,3	12,2	11,7
Lippe	472	522	539	11,8	13,2	12,5
Lübeck¹⁾	619			19,8		
Schaumburg-Lippe	103	114	129	10,2	11,1	11,9
Saarland	3 523	3 573	3 354	15,1	15,8	15,2
Deutsches Reich ...	198 393	196 674	197 653	13,1	13,0	12,5

¹⁾ Durch das »Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen« vom 26. 1. 37 auf Preußen und Mecklenburg übergegangen.

Für den verbleibenden Unterschied von 28 vH gibt es verschiedene Erklärungsmöglichkeiten. Die niedrigere Schwangerschaftsziffer in Berlin kann auf einer größeren Verbreitung der Empfängnisverhütung oder auf einer geringeren physischen Empfängnisfähigkeit und Zeugungsfähigkeit in der Berliner Bevölkerung oder auf einem Zusammenwirken beider Gründe beruhen. Auf jeden Fall könnte dann die tatsächliche Häufigkeit der Fehlgeburten (einschl. der nicht erfaßten) in der bayerischen Ostmark größer als in Berlin sein. Das würde aber besagen, daß die Fehlgeburten in der bayerischen Ostmark in bedeutend geringerem Umfang erfaßt werden als in Berlin.

In den Berichtsjahren 1936 bis 1938 hatten die Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern Fehlgeburtenziffern, die erheblich über den Werten des Reichsdurchschnitts lagen. Die

höheren Ziffern werden zum Teil allerdings auch dadurch zu erklären sein, daß in den Großstädten eine gewisse Anzahl von Fehlgeburten ortsfremder Frauen, die in den Krankenhäusern und Entbindungsanstalten der Großstädte behandelt wurden, mitgezählt werden. So betrug die Ziffer für die Gesamtheit aller Städte mit über 200 000 Einwohnern 20,8 im Jahre 1936, 19,4 im Jahre 1937, im Jahre 1938 dagegen nur noch 17,4 auf 100 bekanntgewordene Schwangerschaften. Eine Neigung zu immer stärkerer Angleichung an den Reichsdurchschnitt ist deutlich erkennbar, denn die großstädtische Fehlgeburtenhäufigkeit hat weit schneller abgenommen als diejenige des Reichs. Da anzunehmen ist, daß die von selbst erfolgten Fehlgeburten eine gewisse Gleichförmigkeit ihrer Häufigkeitswerte besitzen, so dürfte die Abnahme in den großen Städten auf eine Verminderung der Abtreibungen zurückzuführen sein. Der Schwankungsbereich der Fehlgeburtenziffern lag im Jahre 1936 zwischen 14,9 (Halle) und 26,8 (Dresden), im Jahre 1937 zwischen 12,3 (Halle) und 30,6 (Mannheim) und im Jahre 1938 zwischen 12,6 (Halle) und 28,2 (Mannheim). Höchstwerte zeigten im Jahre 1936 Dresden, Hannover, Mannheim, Wuppertal und Düsseldorf; die Städte mit den niedrigsten Ziffern waren in diesem Jahre Halle, Essen, Frankfurt a. M., Kiel und Kassel. Im Jahre 1938 lagen die Ziffern der meisten Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern wesentlich niedriger. Das Sinken der Fehlgeburtenziffer ist besonders auffällig in Magdeburg, wo sie von 23,3 im Jahre 1936 auf 14,7 im Jahre 1938 zurückging. In Berlin sank diese Ziffer binnen dieser Zeit von 21,6 auf 16,5, in Hamburg von 19,0 auf 16,3, in Breslau von 21,6 auf 16,0, in Hannover von 26,1 auf 18,8, in Düsseldorf von 22,1 auf 16,8 und in Wuppertal von 22,8 auf 16,6. Für die Gesamtheit aller Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern ergab sich für das Jahr 1938 eine Fehlgeburtenziffer, die um 16 vH niedriger lag als im ersten Berichtsjahr.

Die Fehlgeburten in den Städten mit über 200 000 Einwohnern 1936 bis 1938	Grundzahlen			auf 100 bekannt- gewordene Schwangerschaften		
	1936	1937	1938	1936	1937	1938
Berlin	16 974	14 977	13 705	21,6	19,3	16,5
Hamburg	4 711	5 655	5 765	19,0	16,8	16,3
Köln	3 355	3 308	3 183	21,4	21,3	20,1
München	2 289	2 269	2 411	18,2	18,3	17,2
Leipzig	2 641	2 697	2 146	22,1	23,1	17,8
Essen	2 318	2 308	2 500	16,3	15,9	16,8
Dresden	2 867	2 801	2 484	26,8	25,7	22,8
Breslau	3 019	2 716	2 165	21,6	20,4	16,0
Frankfurt a. M.	1 478	1 409	1 344	16,3	16,6	15,1
Dortmund	2 575	2 367	2 682	20,9	19,4	21,3
Düsseldorf	2 380	2 086	1 882	22,1	18,6	16,8
Hannover	2 399	2 105	1 770	26,1	23,3	18,8
Duisburg	2 313	2 184	1 913	21,1	20,2	18,2
Stuttgart	1 570	1 652	1 768	18,1	18,0	18,0
Nürnberg	1 551	1 358	1 454	20,7	18,7	18,5
Wuppertal	1 661	1 585	1 182	22,8	22,5	16,6
Chemnitz	1 099	1 028	1 029	19,5	18,4	17,8
Gelsenkirchen	1 656	1 683	1 597	20,8	22,1	20,6
Bremen	1 657	1 489	1 779	17,0	17,3	16,1
Königsberg (Pr.) ...	1 530	1 528	1 271	18,7	18,3	14,4
Bochum	1 494	1 477	1 392	21,7	22,0	20,3
Magdeburg	1 441	1 247	957	23,3	19,4	14,7
Mannheim	1 428	1 973	1 864	23,6	30,6	28,2
Stettin	1 071	865	880	18,7	15,1	15,0
Altona ¹⁾	970			22,6		
Kiel	892	807	904	16,5	15,0	15,2
Halle a. S.	575	471	538	14,9	12,3	12,6
Kassel	616	629	705	16,5	16,1	15,4
Zusammen	68 530	64 674	61 270	20,8	19,4	17,4

¹⁾ Durch das »Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen« vom 26. Januar 1937 auf Groß-Hamburg übergegangen.

Den Ziffern dieser großen Städte kann man einige Zuverlässigkeit zusprechen. Viele von ihnen erbrachten ähnliche Ergebnisse; insbesondere wurden in Magdeburg, wo die Fehlgeburtenziffern nichts Neues war, keine höheren Werte erzielt, und auch die seit Jahren vervollkommnete Statistik der Fehlgeburten in Lübeck zeigt ein ähnliches Bild. Gewisse Zunahmen der Fehlgeburtenziffern in ländlichen Gebietsteilen des Reichs dürften wohl ausschließlich auf zunehmend bessere Erfassung solcher Fälle zurückzuführen sein.

Vergleicht man die Ergebnisse der Reichs-Fehlgeburtenstatistik mit den vor 1933 angestellten Schätzungen über Abtreibungszahlen, so findet man, daß in allen drei Berichtsjahren

die Zahlen tief unter den früher angenommenen liegen. Wenn dies auch zum Teil auf die Lückenhaftigkeit der neuen Reichserhebung zurückzuführen ist, so steht doch andererseits fest, daß die Abtreibungshäufigkeit schon in den ersten Jahren

nationalsozialistischer Herrschaft beträchtlich gesunken ist, wie schon früher aus den Zahlen einzelner Krankenkassen und der Stadt Lübeck in verschiedenen Untersuchungen nachgewiesen wurde.

Bevölkerungsbewegung im Februar 1940

Im Februar 1940 wurden im Deutschen Reich (ohne die ehemals polnischen Ostgebiete) 74 556 Eheschließungen, 151 664 Lebendgeborene und 107 003 Sterbefälle gezählt. Die Zahl der Eheschließungen war auch im Februar noch um 14 287 oder 23,7 vH größer als im entsprechenden Monat des Vorjahrs, obwohl die Fastenzeit, in der in bestimmten Gegenden des Reichs aus religiösen Gründen nur selten geheiratet wird, in diesem Jahre bereits am 7. Februar begann. Die Zahl der Lebendgeborenen ist, auch wenn man die auf den diesjährigen Schalttag entfallende Geburtenzahl (5 230) in Abzug bringt, um 18 528 oder 14,5 vH gegenüber dem Februar 1939 gestiegen. Mit dieser Zunahme, die sogar noch beträchtlich stärker war als die Geburtenzunahme im Januar (+ 11,8 vH), erreichte die Geburtenziffer im Februar 1940 im Reichsdurchschnitt die beachtliche Höhe von 23,8 je 1 000 Einwohner. Die Sterbeziffer stieg im Februar infolge der anhaltenden strengen Kälte auf 16,8 je 1 000 an. Auch die Säuglingssterblichkeit war in diesem Monat durch die ungünstige Witterung mit 7,2 je 100 Lebendgeborene vorübergehend um eine Kleinigkeit höher als in dem entsprechenden Monat des Vorjahrs.

Bevölkerungsbewegung im Februar 1940	Ehe- schlie- ßungen	Lebend- geborene	Tot- geborene	Gestor- bene ¹⁾	Davon unter 1 Jahr alte Kinder
Preußen	36 320	78 529	2 015	56 211	5 736
Bayern	7 043	16 252	334	10 072	1 290
Sachsen	5 144	8 145	181	7 067	540
Württemberg	2 687	5 827	130	3 355	292
Baden	2 220	4 610	115	2 933	271
Thüringen	1 464	3 248	66	2 250	186
Hessen	1 246	2 470	67	1 791	135
Hamburg	1 883	2 792	55	2 421	182
Mecklenburg	647	1 816	32	1 408	152
Oldenburg	397	1 331	32	681	108
Braunschweig	545	1 200	37	922	94
Bremen	382	888	29	596	56
Anhalt	425	817	29	543	72
Lippe	197	344	10	178	10
Schaumburg-Lippe	40	86	3	73	6
Saarland	404	850	27	428	96
Reichsgaue der Ostmark	9 400	14 327	369	10 767	1 005
Sudetengau	3 623	6 419	167	4 287	504
Reichsgau Danzig-West- preußen (ohne ehem. polnische Gebiete) ²⁾	489	1 713	41	1 020	110
Deutsches Reich ³⁾	74 556	151 664	3 739	107 003	10 845
Februar 1939	60 269	127 906	3 136	98 482	8 943
Jan./Febr. 1940	144 704	301 624	7 552	220 137	21 054
„ 1939	106 274	262 071	6 471	195 253	18 137
Auf 1 000 Einwohner					
Februar 1940	11,7	23,8	0,6	16,8	7,2
„ 1939	9,8	20,9	0,5	16,1	7,0
Jan./Febr. 1940	11,0	22,8	0,6	16,7	7,0
„ 1939	8,2	20,3	0,5	15,1	6,9
Reichsgau Danzig-Westpreußen ⁴⁾					
Januar 1940	898	4 593	111	2 873	552
Februar 1940	895	4 567	113	2 930	653
Jan./Febr. 1940	1 793	9 160	224	5 803	1 205
Auf 1 000 Einwohner					
Januar 1940	5,0	25,8	0,6	16,1	12,0
Februar 1940	5,4	27,4	0,7	17,6	14,3
Jan./Febr. 1940	5,2	26,5	0,6	16,8	13,2

¹⁾ Ohne die Sterbefälle von Wehrmachtsangehörigen. — ²⁾ Demnach nur ehemalige Freie Stadt Danzig und früherer Reg.-Bezirk Westpreußen. — ³⁾ Ohne die ehemals polnischen Ostgebiete. — ⁴⁾ Gesamter Reichsgau ohne die Kreise Lipno und Rypin.

In den Monaten Januar und Februar zusammen wurden im Deutschen Reich 38 430 oder 36,2 vH Ehen mehr geschlossen als in den entsprechenden Monaten von 1939. In der gleichen Zeit hat die Zahl der Lebendgeborenen, wiederum unter Abzug der Geburtenzahl des Schalttages, um insgesamt 34 323 oder 13,1 vH zugenommen.

Die Ehestandsdarlehen im 1. Vierteljahr 1940

Die Auszahlung von Ehestandsdarlehen hat nach ihrem Rückgang während der ersten Kriegsmomente im 1. Vierteljahr 1940 wieder beträchtlich zugenommen. Im Deutschen Reich (ohne die eingegliederten Ostgebiete) wurden in den Monaten Januar bis März 1940 insgesamt 78 200 Darlehen ausbezahlt gegenüber 73 089 im 4. Vierteljahr und 71 262 im 1. Vierteljahr 1939. Die Zahl der Erlasse von Darlehensbeträgen für lebendgeborene Kinder ist von 81 820 im 4. Vierteljahr 1939 infolge der starken Geburtenzunahme auf 93 976 im 1. Vierteljahr 1940 gestiegen.

1940	Ausgezählte Ehestandsdarlehen	Erlasse von Darlehensbeträgen für lebendgeborene Kinder
Januar	26 352	32 458
Februar	26 328	30 584
März	25 520	30 934
1. Vierteljahr	78 200	93 976
dagegen		
1. Vierteljahr 1939	71 262	81 338

Im alten Reichsgebiet wurden im 1. Vierteljahr 1940 69 775 Ehestandsdarlehen an neuverheiratete Paare ausbezahlt, das sind 6 726 mehr als im 1. Vierteljahr 1939 (63 049). Die Zahl der lebendgeborenen Kinder in mit Darlehen geschlossenen Ehen war mit 88 505 um 8 971 größer als in der gleichen Zeit des Jahres 1939 (79 534).

In den Reichsgauen der Ostmark wurden in den drei ersten Monaten von 1940 6 392 Ehestandsdarlehen ausbezahlt und 4 176 Darlehensviertel für lebendgeborene Kinder erlassen, das ist das 2,4fache der Zahl vom 1. Vierteljahr 1939 (1 771). Im Reichsgau Sudetenland und den übrigen sudetendeutschen Gebieten wurden im 1. Vierteljahr 1940 2 033 Ehestandsdarlehen gewährt und 1 295 Darlehensviertel erlassen.

Seit Einführung des Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen wurden bis Ende März 1940 insgesamt 1 524 077 Ehestandsdarlehen ausbezahlt und 1 407 866 Darlehensbeträge für lebendgeborene Kinder erlassen, die sich folgendermaßen verteilen:

	Ausgezählte Ehestandsdarlehen	Erlasse von Darlehensbeträgen
Altes Reichsgebiet		
Aug. 1933 bis März 1940	1 462 532	1 387 709
dar. Memelland		
Juli 1939 bis März 1940	238	60
Reichsgaue der Ostmark		
Mai 1938 bis März 1940	50 368	16 425
Sudetendeutsche Gebiete		
Jan. 1939 bis März 1940	11 177	3 732

Berichtigung. In der Übersicht »Gebiet und Bevölkerung der Länder der Erde« auf S. 148 von Nr. 10 ist ein Druckfehler unterlaufen. Die Bevölkerungszahl für das Protektorat Böhmen und Mähren (unter Deutsches Reich) von 6 795 247 (3. Spalte) ist versehentlich in die Zeile für Deutsches Reich mit Protektorat Böhmen und Mähren geraten. Die Zahl und der darüberliegende Punkt müssen vertauscht werden.

VERSCHIEDENES

Die öffentliche Fürsorge im 3. Vierteljahr 1939

Nach den Berichten der Bezirksfürsorgeverbände hat sich die Zahl der laufend unterstützten Hilfsbedürftigen und damit auch der Aufwand für die offene Fürsorge im Vierteljahr Juli/September 1939 weiter verringert.

Personenkreis der offenen Fürsorge. Die Gesamtzahl der von den Bezirksfürsorgeverbänden laufend in bar unterstützten Parteien (Familien oder Alleinstehende) betrug Ende September 1939 im Deutschen Reich (einschließlich Ostmark, aber ohne Sudetengau) 1 446 000. Gegen Ende Juni 1939 ist die Zahl um 55 300 oder 3,7 vH gesunken, und zwar im alten Reichsgebiet um 3,9 vH auf 1 262 700 und in der Ostmark um 2,2 vH auf 183 300. Im Vergleich zu dem Stand von Ende September 1938 ergibt sich im alten Reichsgebiet eine Abnahme um 224 100 oder 15,1 vH.

Auf je 1 000 Einwohner entfielen am 30. September 1939 durchschnittlich 18,9 laufend in bar unterstützte Parteien, wobei sich die Zahl für das alte Reichsgebiet auf 18,1 und für die Ostmark auf 26,3 belief.

Laufend in bar unterstützte Parteien im Deutschen Reich	Altes Reichsgebiet			Reich einschl. Ostmark ¹⁾		
	30. Sept. 1938	30. Juni 1939	30. Sept. 1939	30. Juni 1939	30. Sept. 1939	30. Sept. 1939
	in 1 000					
Kriegsopfer usw.	24,5	23,8	24,3	26,1	26,5	26,5
Sozialrentner	516,7	485,9	473,6	496,7	484,8	484,8
Kleinrentnerhilfsempfänger	87,5	84,9	84,6	84,9	84,5	84,5
Sonstige Kleinrentner	81,5	73,7	72,9	75,3	74,5	74,5
Gleichgestellte	58,3	54,4	54,3	54,4	54,3	54,3
Empf. der gehobenen Fürsorge zus.	768,4	722,8	709,7	737,5	724,6	724,6
Wohlfahrtserwerbslose	64,6	25,3	16,5	35,3	20,7	20,7
Zusätzl. unterstützte Aln-Empfäng.	18,2	5,1	2,4	7,6	4,4	4,4
Arbeitslose zus. ²⁾	82,8	30,4	18,9	42,9	25,1	25,1
Pflegekinder	151,5	142,9	141,6	173,5	171,6	171,6
Sonstige Hilfsbedürftige	484,2	407,7	386,1	534,7	515,4	515,4
Juden	*)	10,0	6,5	12,7	9,4	9,4
Hilfsbedürftige insgesamt ³⁾	1 486,8	1 313,8	1 262,7	1 501,3	1 446,0	1 446,0
Auf 1 000 Einwohner	22,5	19,8	18,1	20,4	18,9	18,9

¹⁾ Aber ohne Sudetengau. — ²⁾ Ohne Fürsorgearbeiter, die vom Rechnungsjahr 1939 ab in der Statistik nicht mehr berücksichtigt wurden. — ³⁾ Bei den übrigen Gruppen von Hilfsbedürftigen mitenthalten.

An dem weiteren Rückgang der Zahl der laufend unterstützten Parteien im Berichtsvierteljahr sind fast alle Gruppen der Hilfsbedürftigen beteiligt. Die Zahl der unter die gehobene Fürsorge fallenden Parteien verringerte sich um 12 900 (1,7 vH), und zwar sank die Zahl der zusätzlich unterstützten Sozialrentner um 11 900 (2,4 vH) und die der Kleinrentner und Gleichgestellten um 1 300 (0,6 vH). Dagegen ist die Zahl der zusätzlich aus Fürsorgemitteln unterstützten Kriegsopfer und der ihnen gleichgestellten Personen um 400 (1,5 vH) gestiegen, da bestimmte Vergünstigungen in der Anrechnung der Renteneinkünfte bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit¹⁾ eine Erweiterung des Kreises der Unterstützungsberechtigten bewirkten. In der Ostmark ist die gehobene Fürsorge erst am 1. Dezember 1939 eingeführt worden, doch sind die betreffenden Hilfsbedürftigen (11 200 Sozialrentner, 1 500 Kleinrentner und 2 200 Kriegsopfer) in der Statistik bereits bei den entsprechenden Gruppen mitgezählt. Im alten Reichsgebiet ist die Zahl der Empfänger der gehobenen Fürsorge gegenüber Ende September 1938 um 58 700 oder 7,6 vH gesunken.

¹⁾ Erlaß über die Anrechnung von Versorgungsbezügen in der öffentlichen Fürsorge vom 19. April 1939 (RMBliv. S. 943).

Der Restbestand an arbeitsfähigen Hilfsbedürftigen hat von Ende Juni bis Ende September 1939 weiterhin um 17 800 (41,5 vH) auf 25 100 abgenommen, und ihr Anteil an der Gesamtzahl der laufend unterstützten Parteien ermäßigte sich von 2,9 auf 1,7 vH. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sank um 41,3 vH auf 20 700 und die der zusätzlich unterstützten Empfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung um 42,1 vH auf 4 400.

Personenkreis und Kosten der offenen Fürsorge in den Ländern, Gaue und Provinzen ¹⁾	Laufend in bar unterstützte Parteien am 30. Sept.				Kosten der offenen Fürsorge Juli/September			
	1938 ²⁾	1939	1938 ²⁾	1939	1938 ²⁾	1939	1938 ²⁾	1939
	1 000		auf 1 000 Einw.		Mill. RM		RM je Einwohner	
Ostpreußen	60,0	59,0	25,7	22,4	4,2	4,1	1,81	1,57
Berlin	169,6	136,7	40,0	31,5	18,8	15,2	4,43	3,51
Mark Brandenburg	48,4	42,9	18,0	14,3	3,6	3,2	1,33	1,05
Pommern	50,7	45,4	22,4	19,0	3,6	3,2	1,57	1,33
Schlesien	133,2	115,7	28,3	23,8	10,2	8,3	2,17	1,71
Sachsen	67,7	58,7	19,9	16,2	5,2	4,4	1,52	1,22
Schleswig-Holstein	36,8	33,0	25,9	20,8	3,1	2,6	2,15	1,67
Hannover	58,9	51,2	18,2	14,6	5,1	4,4	1,56	1,24
Westfalen	93,6	76,2	18,6	14,6	9,6	7,4	1,91	1,43
Hessen-Nassau	50,3	39,8	19,5	14,9	5,2	3,7	2,03	1,40
Rheinprovinz	159,9	124,5	20,8	15,7	20,1	14,2	2,61	1,80
Hohenzoller. Lande	0,7	0,6	9,4	8,3	0,0	0,0	0,59	0,48
Preußen	930,0	783,7	23,4	18,7	88,7	70,9	2,23	1,69
Bayern	149,3	130,0	19,4	15,8	11,7	9,2	1,52	1,12
Sachsen	159,4	131,3	30,7	25,1	14,8	11,3	2,85	2,17
Württemberg	37,3	34,4	13,8	11,9	3,3	3,0	1,24	1,03
Baden	50,3	44,2	20,9	17,6	4,9	3,9	2,04	1,57
Thüringen	22,2	19,1	13,4	10,9	1,7	1,3	1,00	0,77
Hamburg	55,4	42,6	33,0	24,9	8,8	5,8	5,28	3,38
Hessen	28,6	23,0	20,0	15,7	3,1	2,2	2,15	1,48
Mecklenburg	17,3	16,1	21,5	17,8	1,2	1,1	1,49	1,24
Braunschweig	11,2	9,9	21,9	16,9	0,8	0,7	1,63	1,22
Oldenburg	6,6	6,0	13,4	10,4	0,5	0,5	1,06	0,79
Anhalt	7,2	6,4	19,6	14,8	0,5	0,5	1,40	1,04
Bremen	9,0	7,9	24,1	19,1	1,0	0,9	2,82	2,08
Lippe	1,9	1,6	10,6	8,5	0,1	0,1	0,80	0,65
Schaumburg-Lippe	1,0	0,9	20,7	16,5	0,1	0,1	1,42	1,15
Saarland	11,2	5,8	13,8	6,9	1,2	0,8	1,46	0,89
Wien	74,6	.	38,8	.	5,9	.	3,05
Niederösterreich	32,2	.	19,0	.	1,7	.	1,01
Oberösterreich	24,3	.	23,6	.	1,4	.	1,33
Steiermark	30,2	.	27,1	.	1,7	.	1,52
Kärnten	11,2	.	24,8	.	0,4	.	0,91
Salzburg	5,4	.	21,0	.	0,3	.	1,21
Tirol/Vorarlberg	5,4	.	11,2	.	0,4	.	0,78
Deutsches Reich	1 497,8	1 446,0	22,7	18,9	142,5	123,9	2,16	1,62
davon:								
Städtische BFV....	879,3	797,2	31,7	25,3	97,8	80,7	3,52	2,57
Ländliche BFV....	618,5	648,9	16,2	14,4	44,7	43,1	1,17	0,96

¹⁾ Gebietsstand am 30. Sept. 1939; ohne Sudetengau. — ²⁾ Einschließlich der Zahl (bzw. des Lohnaufwandes) der Fürsorgearbeiter, die vom Rechnungsjahr 1939 ab in der Statistik nicht mehr berücksichtigt wurden.

Durch die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe vom 5. September 1939¹⁾, nach der alle für den Arbeitseinsatz zur Verfügung stehenden unfreiwillig Arbeitslosen — auch wenn keine versicherungsmäßige Anwartschaft besteht — von den Arbeitsämtern zu unterstützen sind, fällt die bisherige Gruppe der Wohlfahrtserwerbslosen künftig fort. Soweit die bisherigen Wohlfahrtserwerbslosen arbeitseinsatzfähig sind, übernehmen die Arbeitsämter ihre wirtschaftliche Betreuung, und soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig und deshalb weiterhin von den Bezirksfürsorgeverbänden zu betreuen sind, werden sie in der Statistik den übrigen Gruppen von Hilfsbedürftigen — je nach den Vor-

¹⁾ Vgl. RGBl. I 1939 S. 1674, Deutscher Reichsanzeiger 1939 Nr. 213 und RMBliv. 1939 S. 2110.

aussetzungen, z. B. den Kriegsoffern, Sozialrentnern oder sonstigen Hilfsbedürftigen — zugerechnet. Letzteres gilt ebenfalls für die nicht dem Arbeitseinsatz zur Verfügung stehenden Personen, die bisher noch von den Arbeitsämtern unterstützt wurden, infolge der Neuordnung aber in die Betreuung der Bezirksfürsorgeverbände hinüberwechseln. Auf die für Ende September 1939 vorliegenden Zahlen hatten diese Überleitungen im allgemeinen noch keinen Einfluß, da die Durchführungsbestimmungen zum Teil erst später ergangen sind und die von Fall zu Fall sich ergebenden Auseinandersetzungen über die Frage der Arbeits-einsatzfähigkeit nur eine allmähliche Überführung ermöglichten. Nach einer Sonderumfrage über die Auswirkung der Neuordnung sind bis Anfang des Jahres 1940 rd. 17 000 Personen aus der öffentlichen Fürsorge in die Arbeitslosenunterstützung und rd. 2000 aus der Arbeitslosenfürsorge in die öffentliche Fürsorge überführt worden.

Da ferner die Arbeitsämter durch die Neuordnung ermächtigt wurden, neben der normalen Arbeitslosenunterstützung je nach Lage des Einzelfalles zusätzliche Leistungen in der Form von »Sonderbeihilfen« zu gewähren, um die bisher vielfach notwendig gewesen Zusatzunterstützungen der öffentlichen Fürsorge zu vermeiden, dürfte nach einer gewissen Anlaufzeit auch diese Gruppe von Hilfsbedürftigen aus der Fürsorgestatistik ausscheiden.

Die »sonstigen« Hilfsbedürftigen der allgemeinen Fürsorge, die die stärkste Gruppe unter den Fürsorgeempfängern bilden, haben von Ende Juni bis Ende September 1939 erneut um 19 300 (3,6 vH) auf 515 400 abgenommen. Die Zahl der hilfsbedürftigen Pflegekinder verringerte sich um 1 900 (1,1 vH) auf 171 600 und die Zahl der noch aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützten Juden, denen die jüdische freie Wohl-

fahrtspflege keine ausreichende Hilfe gewähren konnte, sank um 3 300 (26,5 vH) auf 9 400.

Kosten der offenen Fürsorge. Der Aufwand der Bezirksfürsorgeverbände für die gesamte offene Fürsorge*) war im Berichtsvierteljahr mit 123,9 Mill. RM (einschließlich der Ostmark, aber ohne den Sudetengau) um 3,7 Mill. RM oder 2,9 vH geringer als im Vierteljahr April/Juni 1939. Im alten Reichsgebiet sanken die Ausgaben um 3,8 vH auf 112,1 Mill. RM (1,61 RM je Einwohner), in der Ostmark stiegen sie um 5,4 vH auf 11,8 Mill. RM (1,69 RM je Einwohner).

Die Aufwendungen für die laufenden Barleistungen haben sich gegen das Vierteljahr April/Juni um 5,1 Mill. RM (4,7 vH) vermindert, und zwar für die Arbeitslosen um 1,8 Mill. RM (37 vH), für die sonstigen Empfänger der allgemeinen Fürsorge um 2,2 Mill. RM (4,1 vH) und für die Empfänger der gehobenen Fürsorge um 1,1 Mill. RM (2,2 vH).

Die sonstigen Leistungen der offenen Fürsorge (einmalige Barleistungen sowie Sach- und Dienstleistungen) beliefen sich im Berichtsvierteljahr auf 20,3 Mill. RM, wobei die Leistungen der wirtschaftlichen Fürsorge gegenüber dem Vorvierteljahr um 6,8 vH auf 8,2 Mill. RM sanken und die Leistungen der gesundheitlichen Fürsorge — besonders infolge der Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände an den Beiträgen für die neu eingeführte Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen**) — um 19,2 vH auf 12,1 Mill. RM stiegen. Im Vergleich zu Juli/September 1938 haben sich die entsprechenden Leistungen für die wirtschaftliche und gesundheitliche Fürsorge zusammen im alten Reichsgebiet um 3 Mill. RM (13,8 vH) verringert; ihr Anteil an den Gesamtkosten der offenen Fürsorge aber erhöhte sich von 15 auf 16,5 vH.

Besondere Mietbeihilfen. Für die neben den fürsorgemäßigen Unterstützungen als Ausgleich für die fortgefallene Hauszinssteuererstattung usw. von den Bezirksfürsorgeverbänden (Stadt- und Landkreisen) zu gewährenden Mietbeihilfen wurden 8,9 Mill. RM im Vierteljahr Juli/September 1939 aufgewendet, das sind 0,4 Mill. RM (4 vH) weniger als im vorhergegangenen Vierteljahr. Die Zahl der Fälle sank von 658 637 Ende Juni auf 615 074 Ende September 1939 (um 6,6 vH); seit Beginn der Maßnahme (April 1938) hat ihre Zahl um 328 000 (34,8 vH) abgenommen.

Kosten der offenen Fürsorge im Deutschen Reich	Altes Reichsgebiet			Reich einschl. Ostmark ¹⁾	
	Juli/ Sept. 1938	April/ Juni 1939	Juli/ Sept. 1939	April/ Juni 1939	Juli/ Sept. 1939
Laufende Barleistungen an	Mill. RM				
Kriegsopfer usw.	1,6	1,7	1,9	1,8	2,0
Sozialrentner	26,4	25,1	24,1	25,4	24,5
Kleinrentnerhilfsempfänger	9,4	9,1	8,8	9,1	8,8
Sonstige Kleinrentner	7,2	6,4	6,2	6,5	6,3
Gleichgestellte	6,3	6,0	6,2	6,0	6,2
Empf. der gehobenen Fürsorge zus.	50,9	48,3	47,2	48,9	47,8
Wohlfahrtsberwerblöse	10,3	3,9	2,4	4,4	2,8
Zusätzl. unterst. Alu.-Empfänger	1,1	0,3	0,2	0,4	0,2
Arbeitslose zus. ²⁾	11,4	4,2	2,6	4,8	3,0
Pflegekinder	8,0	7,6	7,6	8,9	8,9
Sonstige Hilfsbedürftige	46,3	38,3	35,6	45,0	43,0
Juden	²⁾ .	1,1	0,7	1,2	0,9
Hilfsbedürftige insgesamt²⁾	116,6	99,4	93,6	108,7	103,6
Sonstige Leistungen					
Einmalige Barleistungen	2,5	2,5	2,3	3,1	2,8
Darlehen	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Nahrungsmittel	1,8	1,2	1,3	1,3	1,3
Kleidung und Hausrat	1,6	1,4	1,3	1,4	1,4
Brennmaterial	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstiges	2,8	2,3	2,0	2,5	2,3
Wirtsch. Fürsorge zus.	9,1	7,8	7,3	8,8	8,2
Wochenfürsorge	0,9	0,6	0,6	0,6	0,7
Ärztl. Behandlung		3,4	3,9	3,6	4,1
Zahnärztl. Behandlung	5,8	0,6	0,6	0,6	0,7
Krankenkassenbeiträge		0,2	1,1	0,2	1,2
Arzneien, Heilmittel	4,9	3,7	4,0	4,0	4,4
And. krankenföhrer. Leistungen ..	0,8	0,7	0,8	1,0	1,1
Gesundheitl. Fürsorge zus.	12,4	9,2	11,2	10,1	12,1
Sonstige Leistungen zus.	21,4	17,0	18,5	18,9	20,3
Kosten der offenen Fürsorge insges.²⁾	138,0	116,5	112,1	127,6	123,9
je Einwohner RM	2,09	1,76	1,61	1,74	1,62

¹⁾ Aber ohne Sudetengau. — ²⁾ Ohne den Lohnaufwand für Fürsorgearbeiter, der vom Rechnungsjahr 1939 ab in der Statistik nicht mehr berücksichtigt wurde. — ³⁾ Bei den übrigen Gruppen von Hilfsbedürftigen mitenthalten.

Mietbeihilfen zum Ausgleich des Wegfalls der Hauszinssteuererstattung usw.	Zahl der Fälle		Aufwand	
	30. Juni 1939	30. Sept. 1939 über- haupt auf 1000 Einw.	April/ Juni 1939 über- haupt 1000 RM	Juli/Sept. 1939 über- haupt RM je Einw.
Städt. Bezirksfürsorge- verbände				
über 100 000 Einw.	394 681	368 410	17,0	6 824
50 000 bis 100 000 „	42 465	41 555	10,8	481
unter 50 000 „	57 761	51 842	15,1	657
Zusammen	494 907	461 807	16,0	7 962
Ländl. Bezirksfürsorge- verbände	163 730	153 267	3,8	1 344
Deutsches Reich	658 637	615 074	8,8	9 306
dav. entfallen auf				
Preußen	394 315	367 854	8,8	5 893
Bayern	39 706	42 628	5,2	576
Sachsen	196 667	180 199	34,4	2 496
Thüringen	14 698	13 539	7,8	158
Hamburg	3 842	2 645	1,5	61
Braunschweig	4 367	3 699	6,3	74
übrige Länder ¹⁾	5 042	4 510	3,3	48

¹⁾ Baden (nur Stadt Mannheim), Oldenburg, Anhalt und Schaumburg-Lippe.

²⁾ In den angegebenen Fürsorgeleistungen sind die zusätzlichen laufenden Reichszuschüsse an Kleinrentner (Juli/September 5,4 Mill. RM) nicht enthalten. — ³⁾ Ab 1. April 1940 hat das Reich die Beitragsleistung übernommen.

Die Kriminalität im 3. Vierteljahr 1939

Wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze*) wurden im 3. Vierteljahr 1939 insgesamt 91 396 Personen rechtskräftig abgeurteilt. Die Zahl der rechtskräftig Verurteilten bezieht sich auf 80 782 oder 88,4 vH der Abgeurteilten insgesamt. Von den Verurteilten ist bei 78 929 = 97,7 vH ihrer Gesamtzahl auf Strafe, bei 754 = 0,9 vH auf Strafe und Maßregel erkannt und bei 1 099 Verurteilten = 1,4 vH auf Grund des Jugendgerichtsgesetzes von Strafe abgesehen worden. Bei den letzteren wurden jedoch von den Gerichten in überwiegender Maße Erziehungsmaßregeln angeordnet, deren Gesamtzahl sich im Berichtsjahr auf 1 922 belief.

Obwohl nach den bisherigen Erfahrungen die Kriminalität während eines Krieges einen starken zahlenmäßigen Rückgang aufzuweisen pflegt, da eine große Zahl von Männern zum Heeresdienst einberufen und dadurch der bürgerlichen Gerichtsbarkeit entzogen wird, kommt der Einfluß des gegenwärtigen — dem Deutschen Reich aufgezwungenen — Krieges in den vorliegenden kriminalstatistischen Ergebnissen zunächst nur in geringem Umfange zum Ausdruck, weil sein Beginn erst in das letzte Drittel dieses Berichtszeitraumes fällt. Immerhin hat sich die Zahl der Verurteilten gegenüber dem 2. Vierteljahr 1939 (83 032) um fast 3 vH vermindert. Auch der »Gnadenerlaß des Führers und Reichskanzlers für die Zivilbevölkerung« vom 9. September 1939 (RGBl. I S. 1753) wird sich erst im 4. Vierteljahr 1939 in einer verminderten Verurteiltenzahl voll auswirken. Aus dem bereits in Bearbeitung befindlichen Zählkartenmaterial für die Monate Oktober bis Dezember 1939 läßt sich jedenfalls schon jetzt ersehen, daß der zahlenmäßige Rückgang der Kriminalität aus den erwähnten Gründen im 4. Vierteljahr 1939 recht beträchtlich sein wird.

Freigesprochen wurden im Berichtszeitraum 8 646 Angeklagte oder 9,5 vH ihrer Gesamtzahl. Bei 30 Personen wurde neben Freisprechung auf eine Maßregel der Sicherung und Besserung und bei 97 selbständig auf eine Maßregel erkannt, während in nur 6 Fällen der Antrag auf selbständige Anordnung einer Maßregel abgelehnt worden ist.

Einstellung des Verfahrens durch das Gericht erfolgte in 1 835 Fällen (2,0 vH).

Was die verschiedenen persönlichen Verhältnisse der Verurteilten anbetrifft, waren 67 945 männlich (84,1 vH) und 12 837 weiblich (15,9 vH), 75 755 erwachsen (93,8 vH) und 5 027 (6,2 vH) jugendlich, d. h. im Alter von 14 bis unter 18 Jahren. Die Zahl der straffälligen Ausländer betrug 1 723 = 2,1 vH der Verurteilten insgesamt.

Wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze bereits einmal oder mehrmals vorbestraft waren 28 946 Verurteilte = 35,8 vH, davon 8 108 mehr als viermal, d. s. 28,0 vH der Vorbestraften insgesamt.

Die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilten Glaubensjuden beträgt 1 259 oder 1,6 vH der Gesamtverurteilten. Da nur Glaubensjuden nachgewiesen werden, handelt es sich hierbei nur um Mindestzahlen der jüdischen Kriminalität.

Über die im 3. Vierteljahr 1939 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze erkannten Strafen unterrichtet die nachstehende Übersicht.

Straftart	Verhängte Strafen ¹⁾	Straftart	Verhängte Strafen ¹⁾	
			insgesamt	davon gegen Jugendliche
Todesstrafe	23	Gefängnisstrafe insgesamt	30 458	2 536
Zuchthausstrafe	—	davon		
lebenslange	—	von weniger als 3 Monaten	14 588	1 742
zeitliche	2 356	von 3 Mon. bis unt. 1 Jahr	12 236	705
davon		von 1 Jahr und mehr ..	3 634	89
von weniger als 3 Jahren	1 575	Festungshaft	1	—
von 3 Jahren u. mehr	781	Haft	161	3
		Geldstrafe	46 952	1 409

¹⁾ Einschließlich der Doppelstrafen. Gegen Jugendliche kann nach § 9 Abs. 2 und 3 des Jugendgerichtsgesetzes weder auf Todesstrafe noch auf Zuchthausstrafe erkannt werden. Vgl. auch Anm. *) in der Übersicht über die verurteilten Personen.

Von den im § 42a StGB. genannten Maßregeln der Sicherung und Besserung sind im 3. Vierteljahr 1939 insgesamt rechtskräftig angeordnet worden:

^{*)} Ohne die Aburteilungen wegen Verbrechen und Vergehen, die zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofs gehören.

Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt	234
Unterbringung in einer Trinkerheilstätte oder einer Erziehungsanstalt	61
Unterbringung in einem Arbeitshaus ¹⁾	153
Sicherungsverwahrung	449
Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher	53
Untersagung der Berufsausübung	67

¹⁾ Die Unterbringung kann nur neben der Verurteilung zu Haftstrafe wegen einer der in § 42d StGB. genannten Übertretungen angeordnet werden.

Auf Maßregeln der Sicherung und Besserung wurde im einzelnen erkannt u. a. bei den Verurteilungen wegen Unzucht mit Personen unter 14 Jahren in 100 Fällen = 6,5 vH, wegen einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfall in 90 Fällen = 6,3 vH, wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall in 87 Fällen = 19,5 vH und wegen Betruges im wiederholten Rückfall in 182 Fällen = 14,8 vH der wegen der jeweiligen Straftaten insgesamt Verurteilten.

Die Kriminalität im Deutschen Reich im 3. Vierteljahr 1939 Vorläufige Ergebnisse	Rechtskräftig verurteilte Personen				
	insgesamt	weiblich	14 bis unter 18 Jahre alt	vorbestraft	Israeliten (Glaubensjuden)
Verbrechen u. Vergehen gegen Reichsgesetze insgesamt¹⁾	80 782	12 837	5 027	28 946	1 259
davon gegen					
das Strafgesetzbuch	59 995	9 568	4 319	23 405	159
andere Reichsgesetze	20 787	3 269	708	5 541	1 100
Bemerkenswert durch Schwere, Zahl oder Eigenart:					
Widerstand gegen die Staatsgewalt	1 084	59	8	498	2
Hausfriedensbruch	597	43	27	260	5
Arrestbruch	239	46	2	86	1
Geldfälschung	4	1	1	2	—
Verletzungen der Eidspflicht	383	146	7	151	1
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	5 093	266	439	2 042	16
Beleidigung	4 068	1 131	50	1 159	17
Mord	29	6	—	15	—
Totschlag	40	8	—	17	1
Kindesmord	29	29	—	2	—
Abtreibung	1 222	872	19	231	5
Fahrlässige Tötung	490	26	13	134	—
Leichte Körperverletzung	1 760	137	51	666	1
Gefährliche Körperverletzung	2 920	207	135	1 031	—
Schwere Körperverletzung	43	1	1	24	—
Fahrlässige Körperverletzung	7 031	266	158	1 712	11
Nötigung und Bedrohung	340	15	10	162	—
Einfacher Diebstahl ¹⁾	12 660	3 452	1 819	5 029	20
Schwerer Diebstahl ¹⁾	2 590	173	701	1 229	2
Unterschlagung	2 936	517	159	1 473	10
Raub ²⁾ und räuberische Erpressung	150	7	24	79	—
Erpressung	137	13	12	78	1
Hehlerei ³⁾	1 170	359	86	408	5
Betrug ⁴⁾	6 253	806	166	3 909	34
Fälschen öffentl. usw. Urkunden	1 330	238	100	665	11
Vergehen in Bezug auf Glücksspiele oder Lotterien	674	26	7	242	3
Sachbeschädigung	1 099	53	159	302	—
Vorsätzliche Brandstiftung	67	8	12	18	—
Fahrlässige Brandstiftung	350	98	13	43	—
Verbrechen und Vergehen im Amte	406	19	5	68	—
Verbrechen und Vergehen gegen die Gewerbeordnung⁵⁾	585	201	1	166	—
die Gewerbeordnung und das Gaststättengesetz ⁶⁾	665	229	3	210	1
das Konkursordnung ⁷⁾	12	1	—	3	—
das Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln usw. ⁸⁾	706	193	2	202	—
die Reichsversicherungsordnung	354	27	—	189	2
das Kraftfahrzeuggesetz	5 927	559	336	1 353	9
das Viehseuchengesetz	501	43	5	85	—
die Verordnung ü. d. Arbeitszeit	69	23	1	30	1
das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	23	10	4	11	—
das Waffengesetz	389	24	52	94	—
die Paßvorschriften	709	164	35	143	77
das Tierschutzgesetz	634	45	33	167	—
die Vorschriften über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln usw.	471	127	4	88	107
das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre ⁹⁾	84	2	2	35	48

^{*)} Ohne die Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze, die zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofs gehören. — ¹⁾ Auch im wiederholten Rückfall. — ²⁾ Auch im Rückfall. — ³⁾ Sonntagsruhe und Ladenschluß. — ⁴⁾ Konzessionspflicht. — ⁵⁾ Einfacher und betrügerischer Bankrott. — ⁶⁾ Lebensmittelfälschung. — ⁷⁾ Rassenschande.

Bücheranzeigen

Blendinger, F.: Bevölkerungsgeschichte einer deutschen Reichsstadt im Zeitalter der Glaubenskämpfe. 8. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik. Verlag S. Hirzel, Leipzig 1940. 172 Seiten. Preis kart. 8,00 RM.

Der Verfasser ist durch familiengeschichtliche und volkswirtschaftliche Arbeiten zu dem Thema gekommen. Die Arbeit befaßt sich mit der Bevölkerung der ehemaligen Reichsstadt Weissenburg in der Zeit vom Ausgang des 16. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. Nach einer eingehenden Darstellung der Quellen und der Methode behandelt der Hauptteil des Buches die Bewegung der Bevölkerung von 1569 bis 1720, wobei besonders die Wanderung ausführlich untersucht und textlich sowie kartographisch dargestellt wird. Verzeichnisse der Weissenburger Familiennamen und des Schrifttums sind beigegeben.

Vershofen, W.: Handbuch der Verbrauchsforschung. Erster Band: Grundlegung. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1940. 186 Seiten. Preis brosch. 8,00 RM.

Nach einleitenden begrifflichen Untersuchungen und allgemeinen Ausführungen zur Begriffsbildung, an Hand deren schließlich der Aufbau des Verbrauchsbegriffs dargestellt wird, steckt der Verfasser zunächst das Feld der qualitativen und quantitativen Verbrauchsforschung ab. In den weiteren Abschnitten werden Methode und Technik der Verbrauchsforschung in Anlehnung an die Arbeitsweise der vom Verfasser geleiteten Gesellschaft für Konsumforschung behandelt. Den Abschluß des vorliegenden Bandes bilden an Hinweise auf die ausländische Markt- und Verbrauchsforschung geknüpfte Schlussfolgerungen über Aufgaben und Bedeutung der Verbrauchsforschung. Ein Anhang über Kriegswirtschaft und Verbrauchsforschung versucht, den Gegenstand der Schrift mit den besonderen Problemen der Kriegswirtschaft in Verbindung zu bringen.

Altman, H.: Die Zusammenarbeit des Luftverkehrs mit anderen Verkehrszweigen. Neue Deutsche Forschungen, Bd. 238, Abteilung Betriebswirtschaftslehre, Bd. 14 Junker & Dünhaupt Verlag, Berlin 1939. 351 Seiten. Preis brosch. 15 RM.

Die Arbeit untersucht an Hand umfangreichen Quellenmaterials die betriebswirtschaftlichen Bedingungen der Zusammenarbeit des Luftverkehrs mit anderen Verkehrszweigen. Der 1. Teil geht ausführlich auf die Voraussetzungen dieser Zusammenarbeit ein, wobei im besonderen die theoretischen, verkehrsbetrieblichen, verkehrstechnischen, finanziellen und organisatorischen Vorbedingungen, die augenblicklichen Zustände und zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten näher untersucht werden. Im 2. Teil der Arbeit werden die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit dargelegt, u. a. im Personen- und Gepäckverkehr, im Güterverkehr und Nachrichtenverkehr mit den einzelnen Verkehrsanstalten, wie Eisenbahn, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Kraftverkehr, Reisebüros, Spedition und Postverwaltung. Der Verfasser beschränkt sich hierbei nicht nur auf die deutschen Verhältnisse, sondern stellt weitgehend auch die Verhältnisse in den anderen großen Luftverkehrsländern dar.

Spieß, W.: Die Betriebswissenschaft des Eisenbahngütertarifs. Verlag von Julius Springer, Berlin 1939. 100 Seiten. Preis brosch. 3,60 RM.

Der Verfasser behandelt in der vorliegenden Arbeit die tarifpolitischen Fragen nur vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus. Im 1. Kapitel wird die theoretische Tarifökonomie dargestellt. Im 2. Kapitel wird die praktische Tarifökonomie behandelt, im besonderen die allgemeinen Maßnahmen der Tarifschöpfung (Tarifänderungen, Tarifneueinführung), die einzelnen Maßnahmen der Tarifschöpfung (Menge und Selbstkosten der Beförderung) sowie die ausnahmsweise Tarifschöpfung (gegenüber Wertansätzen und Entfernungssätzen des Normaltarifs). Bei der Frage nach einer spekulativen Tarifpolitik kommt der Verfasser zum Schluß, daß es keine wissenschaftlich schlüssige spekulative Tarifpolitik weder aus Wettbewerbs- noch aus anderen betriebs- oder volkswirtschaftlichen Erwägungen gibt.

Diehgans, H. und Burkart, H.: Die Preisbildung in der Glaser-Industrie. Gießerei-Verlag G. m. b. H., Düsseldorf 1940. 128 Seiten. Preis kart. 3,75 RM.

Die Schrift soll die Beurteilung von Preisfragen im täglichen Betrieb der Gießerei erleichtern. Sie enthält zunächst eine auf den Gießereibetrieb abgestellte Erläuterung der allgemeinen Preisbildungsvorschriften. Sodann werden die für die Gießerei-Industrie ergangenen besonderen Preisvorschriften ausführlich dargestellt und an Beispielen erläutert. Auch die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen und die Preisvorschriften in den angedeuteten Gebieten werden behandelt. Wichtig für den einzelnen Betrieb sind auch die Ausführungen über die beim Antrag einer Ausnahmegenehmigung zu beachtenden Gesichtspunkte. Abschließend sind die einschlägigen Preisvorschriften im Wortlaut abgedruckt.

Völkert, R.: Versorgung der deutschen Beamten und ihrer Hinterbliebenen. Wirtschaftsverlag Arthur Sudau, Berlin 1940. 368 Seiten. Preis brosch. 6,25 RM.

Mit einer Einführung gibt der Bearbeiter zunächst einen allgemeinen Überblick über das deutsche Beamtenversorgungsrecht. In den einzelnen Hauptabschnitten sind, unter systematischer Gliederung, die gesetzlichen Vorschriften über die Versorgung und die zusätzliche Betreuung der Beamten und ihrer Hinterbliebenen sowie die hierzu ergangenen vielfältigen Durchführungsvorschriften und Ausführungsbestimmungen eingehend behandelt. Berücksichtigt sind auch die Sondervorschriften für die neu eingegliederten Gebiete und die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges bis Januar 1940 getroffenen einschlägigen Maßnahmen.

Faller, H.: Die Rechtsfähigkeit im Steuerrecht. Kommunalwissenschaftliche Studien und Forschungen, Heft 3. Verlag Konrad Tritsch, Würzburg-Aumühle 1939. 159 Seiten. Preis 4,50 RM.

Die Meinungen über die künftige Gestaltung der Rechtsfähigkeit oder dessen, was an ihre Stelle treten soll, gehen noch weit auseinander. Im Steuerrecht, das gegenüber dem Privatrecht eigene Begriffe schuf, tritt die Pflichtseite des Begriffes »Rechtsfähigkeit« besonders hervor. Wirtschaftliche Betrachtungen und Grundsätze haben sich dort durchgesetzt. Der Begriff der steuerrechtlichen Rechtsfähigkeit wird in der Schrift an Hand der Gesetze (Reichsabgabenordnung, Steueranpassungsgesetz) und des Schrifttums, vor allem aber auf Grund der einschlägigen Entscheidungen des Reichsfinanzhofs abgeleitet und erläutert. Die Darstellung geht hierbei auf die einzelnen Arten und Formen (»Gebilde«) der Steuerpflichtigen (»Personen des Steuerrechts«) und die verschiedenen deutschen Steuern (Körperschafts-, Vermögens-, Grunderwerbs-, Umsatzsteuer usw.) ein.

Koller, S.: Graphische Tafeln zur Beurteilung statistischer Zahlen. Verlag von Theodor Steinkopf, Dresden und Leipzig 1940. 73 Seiten (6 Abbildungen und 15 Tafeln). Preis geb. 10 RM.

Der Verfasser will durch diese Sammlung von graphischen Tafeln besonders auch Männern des praktischen Lebens die Beurteilung von statistischen Zahlen erleichtern. Die Tafelsammlung enthält neben Hilfsrechenarten, die an Stelle des Rechenschiebers benutzt werden können, Tafeln für die Beurteilung von Häufigkeiten, Mittelwerten, Korrelationen usw. Formelrechnungen sollen dadurch nach Möglichkeit erspart werden. Die Anwendung der Tafeln wird durch praktische Beispiele aus Biologie, Medizin, Wirtschaft und Technik veranschaulicht.

Hoffmann, A.: Das Kreditwesen im heutigen Italien. Verlag Hans Buske Nachf. Darmstadt/Leipzig 1939. 207 Seiten. Preis kart. 9,60 RM.

Wer die jüngste Kreditpolitik des faschistischen Italien studieren will und an Hand der in den einschlägigen Veröffentlichungen zu findenden Zahlenangaben sich ein Bild über die Leistungen des Kreditwesens zu machen versucht, wird diese Schrift zu Rate ziehen. Sie unterrichtet vor allem eingehend über den Aufbau des italienischen Kreditapparates. Der Verfasser ordnet die einzelnen Kreditinstitute zu Gruppen und kennzeichnet ihre Aufgaben und Leistungen. Dabei gewährt er der Darstellung der einzelnen großen Institute breiteren Raum, sodaß sein Buch dadurch auch den Charakter eines Nachschlagewerkes erhält. Als solches wird es selbst bei der wirtschaftlichen Dynamik, wie sie autoritären Staaten eigen ist, für längere Dauer zeitgemäß bleiben, da durchweg neueste Quellen benutzt wurden.

Das Buch ist mit zahlreichem statistischen Material ausgestattet, das im allgemeinen noch das Jahr 1938 umfaßt.

Pivato, G.: Le Imprese di Servizi Pubblici; caratteristiche di gestione e di rilevazione. (Die Betriebe der öffentlichen Verwaltung; Charakteristik ihrer Geschäftsabwicklung und ihrer Merkmale). Verlag Antonio Giuffrè, Mailand 1939. 814 Seiten. Preis 90 Lire.

Der Verfasser untersucht neben den Betrieben, die von lokalen oder staatlichen öffentlichen Gesellschaften mit mehr oder minder begrenzter Autonomie betrieben werden, vorwiegend die privaten von der öffentlichen Verwaltung konzessionierten Betriebe. Von ihnen werden hauptsächlich die größeren Unternehmungen (Elektrizitäts-, Eisenbahn-, Telephon- und Gasunternehmen) behandelt, doch auch die kleineren Betriebe werden berücksichtigt. Ihr wirtschaftlicher Umfang und verschiedene verwaltungsrechtliche Fragen werden erörtert. Eingehend dargestellt werden Geschäftspolitik und Finanzabwicklung der Betriebe, ihre Betriebskosten, die Beziehungen zwischen Kosten und Preisbildung, die Verwaltungsstatistik und verwaltungspolitische Fragen. Im Anhang werden 28 Bilanzen und Verträge öffentlicher Unternehmungen ausgewiesen.

Acker, K.: Die wirklichen Wirtschaftsinteressen Frankreichs. Schriften des Deutschen Instituts für außenpolitische Forschung, Heft 51. Verlag Junker und Dünhaupt, Berlin 1940. 55 Seiten. Preis brosch. 1,40 RM.

An den Anfang der Schrift setzt der Verfasser Ausführungen über das politische Problem Frankreichs. Es beruht nach ihm auf dem klassischen Grundsatz, daß ein schwaches Deutschland die Gewähr für ein starkes Frankreich und damit für eine blühende französische Wirtschaft sei. Nach dem Weltkriege erstarrte diese Vorstellung zu einem Dogma und verhinderte 1933 die von Adolf Hitler erstrebte Zusammenarbeit der beiden Länder. Im zweiten Kapitel werden die wirtschaftlichen Lebensbedingungen Frankreichs aufgezeigt. Von jeher haben ausgedehnte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bestanden; seit Ende des vorigen Jahrhunderts war Deutschland der drittgrößte Kunde der französischen Wirtschaft. Für Frankreich sind mittlere Eigenbetriebe in Landwirtschaft und Industrie charakteristisch; die Landwirtschaft ist auch heute noch der wichtigste Wirtschaftszweig. Die Bemühungen um Imperialpolitik haben nicht zur Politik der geschlossenen Tür geführt. Es galt vielmehr als wünschenswert, den Außenhandel gerade mit Ländern auszuweiten, deren Struktur den Aufbau des französischen Kolonialreiches ergänzen hilft. Frankreichs Bevölkerung ist zu gering, als daß aus eigener Volkskraft Mutterland und Kolonien friedensmäßig zu bewirtschaften wären. Abschließend werden diese Gesichtspunkte zusammengefaßt in die These: »Das tragende Moment im wirtschaftlichen Gleichgewicht Europas kann von Frankreich und Deutschland dargestellt werden, wenn die politischen Vorbedingungen dafür gegeben sind.«

Zuschriften, die den Inhalt der Zeitschrift betreffen, Besprechungsstücke usw. sind zu richten an das Statistische Reichsamt, Berlin C 2, Neue Königstr. 27—37. Bestellungen nehmen der Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 42 (Fernspr. 11 08 81 und 11 72 06), alle Buchhandlungen und Postämter an. Für Anzeigen verantwortlich: Gertrud Voigt, Berlin. Z. Z. Pl. 2. — Gedruckt in der Reichsdruckerei.